Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien

26. Sitzung
20. September 2023

Beginn: 09.06 Uhr
Schluss: 12.10 Uhr
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –	0083
Drucksache 19/1100	BuEuMe
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25)	Haupt(f)

Hier: Einzelplan 03 Kapitel 0300, 0309 und 0350

– 1. Lesung –

Vorsitzender Andreas Otto weist darauf hin, dass die vorab eingereichten Fragen und Berichtsanträge der Fraktionen in einer Synopse zusammengefasst worden seien, an der sich die Beratung orientieren werde. Diese sei auf der Homepage des Abgeordnetenhauses unter diesem Ausschuss abrufbar. Zusätzliche Fragen und Berichtsanträge seien an der entsprechenden Stelle einzubringen und im Laufe der Sitzung schriftlich nachzureichen. Das Nachliefern der genauen Formulierungen von in der Sitzung entstandenen Fragestellungen sei bis zum morgigen Tag, 12.00 Uhr, möglich, das Nachliefern gänzlich neuer Fragen ausgeschlossen. Sofern zu einzelnen Titeln mehrere Fraktionen Fragen und/oder Berichtswünsche eingereicht hätten,

würden diese gemeinsam behandelt. Er bitte die Fragesteller zu signalisieren, ob eine Frage hinreichend beantwortet sei; Berichtsaufträge gölten als beschlossen, wenn niemand widerspreche. In der zweiten Lesung würden nur die Titel aufgerufen, die zurückgestellt worden seien, zu denen ein Berichtsauftrag beschlossen worden sei oder zu denen Fraktionen Änderungsanträge schriftlich eingereicht hätten. Er verweise auf die beschlossenen Verfahrensregeln für die Haushaltsberatungen in der 24. Sitzung am 28. Juni 2023 und stelle Einvernehmen des Ausschusses fest, die Generalaussprache in der zweiten Lesung durchzuführen. Gleichwohl habe der Regierende Bürgermeister Gelegenheit für eine einleitende Stellungnahme.

Regierender Bürgermeister Kai Wegner (RBm - Skzl) dankt einleitend den Mitgliedern des Ausschusses. Diese Ausschuss begleite ganz maßgeblich die Arbeit der Senatskanzlei. Er danke dem Chef der Senatskanzlei sowie den Staatssekretären und den Mitarbeitenden in der Senatskanzlei, die seit Monaten an den Details des Einzelplans gearbeitet hätten; sie arbeiteten mit viel Engagement, viel Leidenschaft und insbesondere Leistungsbereitschaft. Der Dank gelte auch den Ausschussmitarbeiterinnen und den Fraktionsmitarbeitenden.

Der Einzelplan sei gemessen am Berliner Landeshaushalt ein kleiner Einzelplan, aber mit großer Strahlkraft für die ganze Stadt. Es gehe nicht nur um Ausgaben, sondern vielmehr um Investitionen, die weit über die Grenzen Berlins hinaus Wirkung hätten und Anziehungskraft in Deutschland, Europa und auch in der Welt entfalteten, auch gleichzeitig eine Hebelwirkung erzeugten und viel Mehrwert brächten und damit für Investitionen und Einnahmen sorgten. Trotz angespannter Haushaltslage würde nicht über massive Einsparungen im Einzelplan diskutiert werden müssen; vielmehr könnten Schwerpunkte auch seitens der Senatskanzlei gesetzt werden. Mit Anziehungskraft und Strahlkraft seien die Leuchttürme gemeint, die Berlin benötige und die die Stadt einzigartig machten. Erster Leuchtturm sei, dass Berlin führender Filmstandort sei; dies solle so bleibe. Mit diesem Haushaltsentwurf sei sichergestellt worden, dass die Berliner Produktionslandschaft auch in den künftigen Jahren konkurrenzfähig sein werde. Hierfür würden Rahmenbedingungen gesetzt werden müssen. Entscheidender Punkt sei dabei, Drehgenehmigung schneller und flexibler zu erteilen, weswegen ein zentraler Ansprechpartner für Drehgenehmigung geschaffen werde. Attraktive Rahmenbedingungen für den Filmstandort seien erklärtes Ziel des Senats und letztlich auch des Einzelplans.

Weiterer Leuchtturm sei die Kinolandschaft in Berlin. Die Berlinale habe Weltniveau. An dieser Stelle danke er der jetzigen Leitung für die gute Arbeit; es seien nicht ganz einfache Jahre in der Coronapandemie gewesen. Der Neustart sei großartig gewesen. Berlin setze alles daran, dass auch das Engagement des Bundes nicht nachlasse; es werde weiterhin Gespräche mit dem Bund geben, auch mit der Kulturstaatsministerin, denn die Berlinale sei wichtig für Berlin und für die Kinolandschaft, aber auch als Aushängeschild für die Stadt. Berlin als Kinostadt benötige aber Leinwände. Berlin habe eine weltweit einzigartige Kinolandschaft. Die Hilfen seien gut angekommen; während der Pandemie habe kein Kino schließen müssen. Jetzt liegt jedoch ein großer Investitionsstau vor den Kinobetreibern. Für das Jahr 2025 werde ein Kinoförderprogramm aufgelegt. Für die Berlinerinnen und Berliner müsse die Berliner Kinokultur erhalten bleiben.

Das Medienboard sei auch ein Leuchtturm. Weil der Berliner Film- und Medienstandort ohne Medienboard nicht denkbar, solle es in diesem Bereich keine Kürzung geben. Die DFFB mit der landeseigenen Filmschule genieße internationales Renommee. Dort müsse die gute Situation gehalten, aber gleichzeitig auch weiterentwickelt und gefördert werden. Der Einzelplan 03 gibt diesbezüglich ein klares Bekenntnis ab.

Im Bereich der Games-Branche könne noch weiter Strahlkraft erzeugt werden, auch weltweit. Der Senat habe sich viel vorgenommen, beispielsweise mit dem House of Games. Hier solle ein neuer Schwerpunkt gesetzt und Berlin als führender Games-Standort etabliert werden. Games seien einerseits wirtschaftliche Trigger, andererseits auch gesellschaftliche Herausforderungen. Insofern sei es gut, dass sich die Senatskanzlei der Thematik angenommen habe. Er erinnere aber auch an den Runden Tisch Games in der Wirtschaftsverwaltung; es gebe ressortübergreifende Arbeit. Er sei davon überzeugt, dass ein Mehrfaches an Geld in die Stadt zurückfließe.

Neben der Film- und Medienbranche befasse sich die Senatskanzlei auch mit dem Thema Berlin-Brandenburg. Berlin-Brandenburg sei Wachstumsregion, müsse aber eine echte Chancenregion werden. Je enger die Zusammenarbeit, die Absprachen und Abstimmungen erfolgten, umso besser sei es für Berlin, aber auch für Brandenburg. Gestern sei eine gemeinsame Bundesratsinitiative mit Brandenburg auf den Weg gebracht worden zur Beschleunigung von Planungen bei Bahnstrecken. Auch sonst laufe die Zusammenarbeit mit Brandenburg sehr gut. Aktuell befinde sich der Staatsvertrag zum rbb in der Anhörung; er werde voraussichtlich am 4. Oktober 2023 diesen Ausschuss erreichen. Mit Brandenburg müsse im Bereich Verkehr noch enger zusammen gearbeitet werden, aber auch Wirtschaft, Energie, Kultur, Klimaschutz und Wohnungsbau seien große Herausforderungen. Das Thema Berlin-Brandenburg dürfe nicht nur eine einfache Partnerschaft, eine einfache Freundschaft sein; vielmehr müsse eine strategische Partnerschaft zu beiderlei Nutzen gelebt werden.

Inzwischen sei auch die Zuständigkeit für Europa wieder in der Senatskanzlei angesiedelt. In vielen Landesregierungen sei das Thema Europa in den Staatskanzleien angesiedelt. Hier gehe es nicht nur um die Zusammenarbeit im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenzen oder im Bundesrat, sondern auch um die Gesetzgebung auf europäischer Ebene mit den europäischen Hauptstädten. Berlin sei immer eine Stadt, auf die geblickt wäre, an der man sich orientiere. Es sei eine große Chance für Berlin, hier ein stückweit Maßstäbe zu setzen. Europa sei eine Querschnittsaufgabe. Das Thema Europa sei nicht nur für den Berliner Senat, sondern auch für das Abgeordnetenhaus wichtig. Es sei aber auch für die Bezirke und letztlich die Berliner Zivilgesellschaft wichtig. Die Europawahl im kommenden Jahr bilde sich auch im Einzelplan ab. In diesem Zusammenhang sei es auch für die Parlamentarier wichtig, für diese Europawahl zu werben. Es werde daher noch eine europapolitische Strategie festgelegt, die nicht nur für die Europawahl, sondern im allgemeinen wichtig sei. Die Begeisterung, Lust auf Europa zu entwickeln in der Stadt, sei eine Aufgabe nicht nur für den Senat, sondern für alle.

Europa biete mit seinen Förderinstrumenten, Smart Cities und anderes, viel mehr. Hier solle für Berlin noch mehr erreicht werden. In Kürze werde ein Eckpunktpapiere zu den Vorstellungen vorgelegt. Es gebe einen engen Austausch mit dem Berliner Büro in Brüssel, das viel stärker für Berlin auch genutzt werden solle. Städtepartnerschaften seien ebenfalls in der Senatskanzlei angesiedelt. Berlin habe inzwischen 18 Städtepartnerstädte. Berlin habe seit kurzem eine neue Partnerstadt, Kiew, die nun mit Leben zu erfüllt werden müsste, nicht nur mit

Solidarität in schwerster Zeit für Kiew und die Ukraine. Die Brücke zwischen diesen beiden Städten der Freiheit werde eine europäische Brücke der Freiheit sein, der Begegnung und des Austauschs. Er wünschte sich, dass auch die Parlamente solche Städtepartnerschaften lebten.
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sei auch ein bedeutendes Thema. Es sei richtig, dass das Hauptstadtportal „berlin.de“ inzwischen in rein öffentlicher Verantwortung liege. Dieses müsse noch stärker mit Leben gefüllt, weiter ausgebaut werden und als zentraler Türöffner der Berlinerinnen und Berliner zur Verwaltung dienen. Die re:publica sei eine großartige und wichtige Veranstaltung für Berlin, die große Aufmerksamkeit erzeuge und nachhaltige sowie innovative Vernetzung ermögliche. Mit diesem Doppelhaushalt werde verdeutlicht, dass es eine passende Plattform sei, Berlin einem Publikum zu präsentieren, um sich bei wichtigen Themen wie Digitalisierung, Offenheit für Innovationen auch weiterzuentwickeln.

Der Einzelplan 03 weise bezüglich der Digitalisierung nur kleinere Punkte aus. Ihm sei aber das Thema Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung wichtig. Deswegen habe er das Thema in die Senatskanzlei geholt. Insofern könne der Einzelplan 03, die Digitalisierungstitel betreffend, nur im Verbund mit dem Einzelplan 25 nachvollzogen werden. Die Verwaltungsmodernisierung müsse als Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden. Es müsse pragmatisch verfahren und versucht werden, gemeinsam etwas zu erreichen. Auch solle nicht gegen die Bezirke agiert werden, sondern mit den Bezirken. Letztendlich gehe es darum, dass die Berliner Vertrauen in eine funktionierende Verwaltung hätten. Es sei nicht Aufgabe einer Regierung, sondern Aufgabe des gesamten Parlaments; er werde auch auf die Opposition zugehen. Bei der Digitalisierung der Verwaltung gehe es nicht darum, schlechte Prozesse zu digitalisieren; es bliebe ein schlechter Prozess, nur digital. Für gute Prozesse würden klare Zuständigkeiten benötigt. Klar sei, jeder werde etwas abgeben müssen, erhalte aber auch etwas, nämlich eine klare Verantwortung. In zehn Tagen treffe er mit allen Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeistern zusammen, um über erste Punkte zu sprechen.

Zweites Thema sei die Verwaltungsdigitalisierung. Mit Hochdruck werde an der Bündelung sämtlicher digitaler Dienstleistungen an zentraler Stelle gearbeitet, damit die Berliner wüssten, an welcher Stelle sie sämtliche digitalen Dienstleistungen abrufen könnten, beispielsweise eine Berlin App. Diese könnte sukzessive immer weitere Dienstleistungen hochladen und sich zu einer App entwickeln, die dieser Stadt auch gerecht werde mit möglichst vielen Angeboten. Dies würde eine massive Entlastung für die Bürgerämter bedeuten. Das 14-Tage-Ziel würde schneller erreicht. Weiteres Thema sei das Projekt E-Akte. Eine erste ernüchternde Prüfung habe ergeben, dass sie nicht funktioniere, wie sie im Moment aufgestellt sei. Es gebe einen Austausch mit dem Dienstleister, um die vertraglichen Zusagen auch zu erfüllen.

Dieser auch kleine Einzelplan zeige wie der gesamte Haushalt, dass die Neustartphase, in der sich Berlin noch befinde, nach der Pandemie ganz gut gelungen sei, aber nicht abgewürgt werden dürfe. Der Doppelhaushalt stehe zudem auch für eine Stabilisierungsphase und zeige, dass trotz angespannter Haushaltslage richtige Schwerpunkte gesetzt würden.

Vorsitzender Andreas Otto leitet über zur Beratung des Einzelplans anhand der Synopse.

Einzelplan 03 – Regierende Bürgermeisterin/ Regierender Bürgermeister einzelplanübergreifend

Lfd. Nr. 1, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hoch ist der Anteil der zentralen, im Epl. 29 veranschlagten Pauschalen Minderausgabe (PMA), die auf den Epl. 03 entfällt bzw. dort aufgelöst werden muss? Wie erfolgt die Auflösung der PMA durch den Senat im Haushaltsvollzug in 2024 und 2025? Bitte um Darstellung nach den beiden Haushaltsjahren, einzelnen Ansätzen und der jeweiligen Höhe der Einsparung.

Daniel Wesener (GRÜNE) spricht über die im Einzelplan 29 zentral veranschlagte Pauschalen Minderausgabe in Höhe von 1,5 Milliarden Euro. Umgerechnet auf den Einzelplan 03 ergäben sich vier bis fünf Prozent des Etats, etwa 5 Millionen Euro, die im Laufe des Haushaltsjahrs würden eingespart werden müssen. Wie werde dies umgesetzt?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) führt aus, auch die Steuerschätzung im November führe noch einmal zu einer Justierung der Finanzlage des Landes. Noch vor Beschlussfassung des Haushalts werde der Senator für Finanzen mit den Ressorts eine Festlegung treffen, wie die Pauschalen Minderausgabe in den Einzelplänen abgebildet werde. Der kleine Einzelplan 03, der nur 0,03 Prozent des Gesamthaushalts vom Volumen umfasse, doch in einigen Punkten wachse.

Carsten Schatz (LINKE) bemerkt, es könnten im November noch weitere Kürzungen zu der bislang vorgesehenen Pauschalen Minderausgabe hinzukommen, insbesondere, wenn die Steuerschätzung im November negativ ausfalle. Er rechne mit einem erheblichen Anwachsen der PMA. Ihn interessierten die Prioritäten, die beim Zurückführen der Volumina gesetzt würden.

Daniel Wesener (GRÜNE) äußert, er bitte um proaktive Information, sobald klar sei, wie die Pauschale Minderausgabe aufgelöst werde. Allein die Exekutive entscheide über die Kürzung; es gebe keine parlamentarische Mitsprache.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) sagt zu, entsprechend zu informieren. Berlin befinde sich in einer sehr dynamischen Lage, insbesondere die Ausgaben betreffend. Bei den Einnahmen stehe bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung Berlin besser als der Bundesschnitt da. Die Finanz- und Investitionsplanung zeige die Kostenblöcke auf. Bezüglich des Kostenblocks für die Unterbringung der Flüchtlinge, der sich besonders stark entwickelt habe, gebe es Gespräche mit dem Bund. Die PMA bezögen sich überwiegend auf Investitionen. Der Haushalt der Senatskanzlei beinhalte nicht viele investive Maßnahmen, sondern mehr konsumtive Ausgaben.

Carsten Schatz (LINKE) erwidert, im Einzelplan 29 sei eine Pauschale Minderausgabe bei Investitionen in Höhe 500 Millionen Euro vorgesehen sowie 937 Euro Millionen in 2024 und 907 Millionen Euro im nichtinvestiven Bereich. Er danke für die Ankündigung der Information vor dem Beschluss des Haushalts. Es gehe davon aus, dass es lediglich eine Aufteilung auf die Einzelressorts sein werde und nicht eine Weiterverteilung innerhalb der Ressorts.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, dieser Ausschuss schließe die Beratung mit der zweiten Lesung im Oktober ab und leitete den Beschluss an den Hauptausschuss weiter. Es sei übliches Verfahren, dass eine PMA im Haushalt auf Einzelplänen festgelegt werde und die Verwaltung im Rahmen der Haushaltswirtschaft die Mittel entsprechend erwirtschafte.

Vorsitzender Andreas Otto hält für den Ausschuss fest, dass der Senat einen entsprechenden Bericht zuleite.

einzelplanübergreifend
titelübergreifend

Lfd. Nr. 2, Fraktion Die Linke

Die Mittel für die Oder-Partnerschaft verteilen sich über mehrere Titel. Bitte schlüsseln sie alle Titel und die jeweilige Höhe der darin enthaltenen Mittel für die Oder-Partnerschaft auf und bilden Sie die Gesamtsumme ab. Bitte geben Sie ebenfalls die Gesamtmittel im Rahmen der Oder-Partnerschaft an, die in den Jahren seit 2020 insgesamt pro Jahr veranschlagt wurden.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) erklärt, die genauen Zahlen schriftlich nachzuliefern. Der Aufwuchs der Kosten resultiere vor allem daraus, dass im nächsten Jahr das Spitzentreffen der Oder-Partnerschaft in Berlin ausgerichtet werde. Dazu würden die entsprechenden Marschälle aus Polen und die betroffenen beteiligten Ministerpräsidenten auf ostdeutscher Seite eingeladen. Im Vorfeld dazu werde Veranstaltungen auf Arbeitsebene geben. Die Zusammenarbeit mit Polen sei auch für diesen Senat von besonderer strategischer Bedeutung. So habe die erste Auslandsreise des Regierenden Bürgermeisters nach Warschau geführt. Wichtiges und zentrales Thema sei die Verkehrspolitik, weil Zusammenarbeit nur dann funktionieren und Räume nur zusammen wachsen könnten, wenn Verkehrsinfrastruktur vorhanden sei. Konkrete Projekte sollten angeschoben und anschließend in die Bundes- und Europapolitik transportiert werden. Zu gegebener Zeit werde er laufend berichten.

Vorsitzender Andreas Otto hält für den Ausschuss fest, dass ein schriftlicher Bericht gemeinsam mit der später aufzurufenden lfd. Nr. 55 angefordert werde, Berichtsauftrag Nr. 1.

Veranstaltungen Wahlen zum Europäischen Parlament

Lfd. Nr. 3, AfD-Fraktion

Welche Projekte und Veranstaltungen sind in Vorbereitung auf die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 geplant und in welchen Haushaltstiteln ist deren Finanzierung in welcher Höhe abgebildet?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) sagt ein schriftlichen Bericht zu. Es geht um eine möglichst hohe Mobilisierung, eine hohe Wahlbeteiligung und darum, ein großes Interesse und Begeisterung für Europa und die Europawahlen im kommenden Jahr zu wecken. Im weitesten Sinn werde politische Bildungsarbeit geleistet. Als Zielgruppen stünden besonders junge

Menschen im Fokus. Da im kommenden Jahr das Wahlalter für die Europawahl auf 16 Jahre gesenkt worden sei, gebe es insgesamt sieben Altersjahrgänge, die zum ersten Mal an der Europawahl teilnähmen. Es seien spezielle Bildungsangebote und Programme für Berufsschulen geplant. Auch Veranstaltungen seien geplant. Es gehe nicht um Parteienwerbung, sondern darum, das Interesse für Europa wecken zu wollen.

Vorsitzender Andreas Otto hält für den Ausschuss fest, dass ein schriftlicher Bericht angefordert werde, Berichtsauftrag Nr. 2.

Europapolitische Öffentlichkeitsarbeit

Lfd. Nr. 4, AfD-Fraktion

1. Welche Haushaltstitel stehen in Verbindung mit der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit des Senats?

2. Was unternimmt der Senat, um die Meinungsvielfalt bei der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit zu garantieren und zu schützen?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) führt aus, eine neutrale Herangehensweise unter parteipolitischen Gesichtspunkten sei selbstverständlich. Es gehe generell darum, das Interesse für Europa zu wecken. Die Titel würden schriftlich nachgeliefert.

Vorsitzender Andreas Otto hält für den Ausschuss fest, die Fragen würden in einem schriftlichen Bericht beantwortet, Berichtsauftrag Nr. 3.

Städtepartnerschaften

Lfd. Nr. 5, AfD-Fraktion

1. Welches Budget ist 2024 und 2025 jeweils zur Pflege der Städtepartnerschaften Berlins eingeplant und welche Haushaltstitel sind hierfür relevant?

2. Wofür werden die Budgets zur Pflege der Städtepartnerschaften Berlins im Einzelnen verwendet?

Dr. Hugh Bronson (AfD) legt dar, die Zahl der Städtepartnerschaften habe sich von 17 auf 18 erhöht. Spiegele sich die Erweiterung bereits in dem Haushaltsplanentwurf wider? Seien weitere Partnerschaften angestrebt? Es sei bereits über mögliche Partnerschaften mit Tel Aviv oder Jerusalem gesprochen worden. Seien dafür bereits Mittel bereitgestellt? In welcher Form würde dies stattfinden können?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) trägt vor, bei den Ansätzen für die Städtepartnerschaften gebe es eine Flexibilität; es werden nicht genau auf jeden Euro kalkuliert. Würden sich die Städtepartnerschaften, beispielsweise gerade mit Kiew, sehr gut entwickeln, sodass daraus viel persönlicher menschlicher Kontakt resultiere, der auch Kosten verursache, könne dies im Rahmen der Haushaltswirtschaft im laufenden Jahr berücksichtigt werden.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss fest, dass ein schriftlicher Bericht angefordert werde, Berichtsauftrag Nr. 4.

Kennzahl 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

Lfd. Nr. 6, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Bitte um Erläuterungen zur Gruppierungsübersicht, hier: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen.

Womit erklären sich die erheblich erhöhten Ansätze der Einnahmen in 2024 + 2025?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, der Bereich Digitalisierung sei in die Senatskanzlei übergegangen. Die erhöhte Veranschlagung ergebe sich aus der Etatisierung der Smart City-Maßnahmen. Daraus ergäben sich zusätzliche Einnahmen.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

Kennzahl 4 Personalausgaben

Lfd. Nr. 7, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Bitte um Erläuterungen zur Gruppierungsübersicht, hier: Personalausgaben.

Wieso erhöhen sich die Personalausgaben so erheblich?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) legt dar, die Gruppierungsübersicht beziehe sich auf den gesamten Einzelplan 03. Die Erhöhung der Ausgaben im Personalbereich ergäben sich auch aus der Neuressortierung. Der Bereich Europa einschließlich der Büros in Berlin und in Brüssel sei wieder in der Senatskanzlei angesiedelt. Gleiches gelte für die Stabsstelle Digitalisierung, der CDO mit den Abteilungen Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung. Bezüglich der Veränderung im Bestand seien mit der Dienstkräfteanmeldung und dem geeinten Haushaltsentwurf für 2024 13,5 neue Stellen plus drei befristete Beschäftigungsposition bislang bis Ende 2023, die aber bis Ende 2025 verlängert würden und für 2025 ein Zuwachs von vier Stellen vorgesehen.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

Kennzahl 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

Lfd. Nr. 8, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Bitte um Erläuterungen zur Gruppierungsübersicht, hier: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen.

Wie erklärt sich die erhebliche Erhöhung der Ausgaben?

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss ohne Aussprache fest, dass ein schriftlicher Bericht angefordert werde, Berichtsauftrag Nr. 5.

Kennzahl 4 Personalausgaben

Lfd. Nr. 9, AfD-Fraktion

Wie sind die Erhöhungen für 2024 und 2025 zu erklären? Wie viele neue Stellen werden geschaffen? Warum?

Ronald Gläser (AfD) erklärt, die zur lfd. Nr. 8 getätigten Ausführungen reichten angesichts der drastischen Steigerungen nicht. Er bitte um einen schriftlichen Bericht.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss ohne Aussprache fest, dass ein schriftlicher Bericht angefordert werde, Berichtsauftrag Nr. 6.

Kennzahl 68 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche
Kennzahl 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss ohne Aussprache fest, dass zu den lfd. Nrn. 10 und 11 ein schriftlicher Bericht angefordert werde, Berichtsaufträge Nr. 7 und 8.

titelübergreifend
Gender-Budgeting

Lfd. Nr. 12, AfD-Fraktion

1. Wie lautet die aktuelle prozentuale Geschlechterverteilung im Zusammenhang mit den Beschäftigten der Senatskanzlei?

a) Sollte es ein Übergewicht auf der männlichen Seite geben, sieht der Senat einen Handlungsbedarf und falls ja, warum?

b) Sollte es ein Übergewicht auf der weiblichen Seite geben, sieht der Senat einen Handlungsbedarf und falls ja, warum?

2. Verfolgt die Senatskanzlei im Rahmen ihrer Beschäftigungspolitik das Prinzip der Gleichstellung oder das Prinzip der Gleichberechtigung?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) führt zur aktuellen prozentualen Geschlechterverteilung im Zusammenhang mit den Beschäftigten der Senatskanzlei aus: 154 Personen seien weiblich, 57,9 Prozent, 112 Personen seien männlich, 42,1 Prozent. In der Senatskanzlei bestehe weiterhin das Bestreben, ein Gleichgewicht der Geschlechterverhältnisse herzustellen.

Ronald Gläser (AfD) interessiert, ob dies dazu führe, dass die Frauen entlassen oder vermehrt überwiegend Männer eingestellt würden.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erwidert, es gebe verschiedene Regularien zur Besetzung von Stellen, das Prinzip der Bestenauslese, Qualifikationsmerkmale. Die Senatskanzlei sei bestrebt, gut qualifiziertes Personal auf die Beschäftigungspositionen zu bringen.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) wendet ein, bei solchen Fragestellungen sei auch der Aspekt des Anteil der Frauen Leitungspositionen zu berücksichtigen. Sie gehe davon aus, dass die Senatskanzlei einen Frauenförderplan habe.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) bestätigt, dass die Senatskanzlei einen solchen Frauenförderplan habe. Auch die Senatskanzlei begrüße, Führungspositionen mit Frauen zu besetzen.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellungen fest.

Kapitel 0300 – Senatskanzlei
titelübergreifend

Carsten Schatz (LINKE) bittet, die Kapitel 0300, 0309 und 0350 insgesamt zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss fest, dass die lfd. Nrn. 13 bis 17 schriftlich beantwortet würden, Berichtsaufträge Nrn. 9 bis 13.

Lfd. Nr. 18, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Zur Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg, MABB:

Bitte um Aufschlüsselung der Personalkosten, mit Entgeltgruppen. Welche Vorsorge ist vor Absenkung des Vorwegabzugs getroffen? Welche Perspektive besteht für Alex Berlin? Welche Entwicklungen sind geplant? Welche Mittel fehlen, um das KI-Tool zur Ermittlung verfassungswidriger Symbole länger einzusetzen? Zu Lokal-

journalismus (2022/23: 68569, TA 16): Ist die Fortsetzung der Maßnahme vorgesehen? Wo sind die Mittel in welcher Höhe veranschlagt?

Zu den Freien Radios (2022/23: 68569, TA 13): Was sprach gegen die Fortschreibung der Förderung? Welche Möglichkeiten bestehen seitens des Senats, die Fördertätigkeit der MABB auszubauen?

Wird die barrierefreie und internetunabhängige Empfangbarkeit der Rundfunkanbieter erhalten? Dazu gehört der dauerhafte Erhalt der dafür notwendigen Frequenzen im Bereich 470 bis 694 MHz für Rundfunk und Kultur?

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss fest, die lfd. Nr. 18 werde gemeinsam mit der später aufzurufenden lfd. Nr. 21 schriftlich beantwortet, Berichtsauftrag Nr. 14.

Lfd. Nr. 19, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Was plant der Senat im Rahmen der Feierlichkeiten zum 35. Jahrestages der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls im Herbst 2024?

In welchen Einzelplänen sind dafür Projekte und Mittel vorgesehen und welche Vorhaben hat speziell die Senatskanzlei in ihrem Etat geplant?

Vorsitzender Andreas Otto äußert sich in seiner Funktion als Abgeordneter. Ihn interessierten die Vorhaben in 2024 zu dem 35. Jahrestag. Welche Rolle habe die Senatskanzlei? Wo seien die Ansätze etatisiert?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) antwortet, schriftlich zu berichten. Er könne am heutigen Tag zu dem Planungsstand im Detail noch nichts mitteilen.

Carsten Schatz (LINKE) bittet um Beantwortung der zusätzlichen Frage, welche Planungen der Senat für den 80. Jahrestag der Befreiung in 2025 habe, der dann auch ein Feiertag sein werde.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss, dass ein schriftlicher Bericht angefordert werde, Berichtsauftrag Nr. 15.

Lfd. Nr. 20, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Was plant der Senat in den Jahren 2024/25 im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg und welche Projekte sind im Haushalt der Senatskanzlei enthalten?

Vorsitzender Andreas Otto äußert sich in seiner Funktion als Abgeordneter und stellt die Frage, welche Initiativen und Projekte geplant seien.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erinnert an die einleitenden Ausführungen des Regierenden Bürgermeisters und die gute Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg, welchen Schwerpunkt dies für die Senatskanzlei ausmache. Er verweise in diesem Zusammenhang auf den „Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion“ mit 58 Vorhaben und Projekten, der in den nächsten Wochen zur Verfügung gestellt werde. Es gebe gemeinsame Kabinettsitzungen mit Brandenburg, es gebe Lenkungskreise. Die Etatisierung einzelner Projekte erfolge in den Einzelplänen entsprechender Senatsverwaltungen, beispielsweise der Verkehrsverwaltung. In der Senatskanzlei seien die Kosten für die gemeinsame Internetseite Berlin-Brandenburg veranschlagt, weil es auch in Berlin verantwortet werde, Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT – sowie Kosten für die Durchführung der Kabinettsitzungen und Lenkungskreise, Titel 53103 – Empfänge, Feierlichkeiten –.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss die Erledigung der Fragestellungen fest.

Lfd. Nr. 21, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen unternimmt der Senat um Freie Radios und nicht-kommerzielle lokaljournalistische Angebote zu fördern? Welche zusätzlichen Maßnahmen zur Förderung von Lokaljournalismus sind vorgesehen? Welche Maßnahmen setzt der Senat bereits um? Wie stellt sich die diesbezügliche Zusammenarbeit und die Abgrenzung zur mabb dar? Wie unterstützt der Senat Alex-Berlin und wie bindet er Alex-Berlin in seine Kommunikation, über die Parlamentsberichterstattung hinaus, mit ein? Wie stellt sich die diesbezügliche Zusammenarbeit und die Abgrenzung zur mabb dar?

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE) bittet um mündliche Beantwortung Detailfragen eins und zwei.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) schlägt vor, die Fragen schriftlich beantworten zu können; die Antwort werde länger ausfallen. Er erinnere in diesem Zusammenhang an die audiovisuellen und auditiven Formate, die etwas ausführlicher dargestellt würden. In dem Etat seien bezüglich des Lokaljournalismus noch keine Weichenstellungen vorgenommen worden. Darüber könne im Ausschuss auch einmal diskutiert werden.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) erinnert an die Fragestellung unter der laufenden Nr. 18 zu der Fördertätigkeit der MABB, welche Fördermöglichkeiten auszubauen seien. Sie bitte darum, diesen gesamten Themenkomplex zusammenzufassen. Letztendlich werde betrachtet werden müssen, wie weit Berlin in der Förderung gehe.

Dr. Alexander King (LINKE) fragt zu den erwähnten Weichenstellungen nach, welche Ideen es gebe. In welche Richtung gingen die Überlegungen?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt zu den Weichenstellungen, dass keine Haushaltsmittel eingestellt seien.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss fest, dass ein schriftlicher Bericht gemeinsam mit der Beantwortung der lfd. Nr. 18 angefordert werde, Berichtsauftrag Nr. 14.

übergreifend – Pressesprecher der Senatskanzlei

Die lfd. Nr. 22 werde ohne Aussprache schriftlich beantwortet, Berichtsauftrag Nr. 16.

übergreifend – Europabeauftragte

Lfd. Nr. 23, AfD-Fraktion

1. Wie viele sogenannte Europabeauftragte oder Mitarbeiter zur Förderung von sogenannter „Europakompetenz“ arbeiten in sämtlichen Senatsverwaltungen? (Bitte für alle Senatsverwaltungen einzeln aufschlüsseln)

2. Was verdienen die sogenannten Europabeauftragten oder Mitarbeiter zur Förderung von sogenannter „Europakompetenz“ jeweils? (Bitte sowohl für die Senatsverwaltungen als auch für die Europabeauftragten in den Bezirken aufschlüsseln)

3. Welche Personalkosten entstehen Berlin insgesamt für die Beschäftigung sämtlicher sogenannter Europabeauftragter oder Mitarbeiter zur Förderung sogenannter „Europakompetenz“ auf Ebene der Senatsverwaltungen und auf Bezirksebene?

Vorsitzender Andreas Otto merkt an, dass in der Frage von „sogenannten“ Europabeauftragten die Rede sei.

Dr. Hugh Bronson (AfD) erläutert, jedes Jahr werde ein sechsstelliger Betrag zur Verfügung gestellt, um die Europakompetenz der Mitarbeiter in der Verwaltung herzustellen; der Betrag steigere sich zunehmend. Irgendwann müsste die Kompetenz erlangt sein.

Carsten Schatz (LINKE) wirft ein, eine solche Kompetenz könne nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt hundertprozentig vorliegen, weil neue Mitarbeiter in die Verwaltung kämen, sich auch Regeln in Europa änderten und die Kompetenz permanent erneuert werden müsse.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) pflichtet dem Hinweis von Abg. Schatz bei. Auf eine kürzlich gestellte Frage sei übrigens schon hinreichend geantwortet worden.

Dr. Hugh Bronson (AfD) erwidert, er könne nachvollziehen, dass es nicht irgendwo einen Endpunkt der Kompetenz gebe. Irgendwann sollte dies aber Einstellungskriterium sein, beispielsweise fließend englisch zu sprechen, vertragssicher in beispielsweise Englisch und Französisch zu sein, sodass Kompetenzaufbereitung nicht immer wieder neu vorgenommen werden müsse.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) merkt an, die Fragestellung grenze an Beschimpfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, wenn hier von „sogenannter Europakompetenz“ gesprochen werde. Sie kenne die Europabeauftragte des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg sehr gut und wisse um deren hervorragende Arbeit im Städtepartnerschaftsnetz und anderen Bereichen. Europabeauftragte auch in der Hauptverwaltung hätten häufig auch nur Stellenanteile. Sie sei nicht gewillt, die Frage zuzulassen. Sie sei froh über jeden Menschen, der sich für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst entscheide.

Stefan Häntsch (CDU) schließt sich den Ausführungen an. Die Frage habe keinen Inhalt, sondern sei nur provokant. Die Mitarbeiter machten ihrer Arbeit gut und gut für Berlin. Davor ein „sogenannt“ davorzusetzen sei unangemessen. Gerade im europäischen Bereich änderten sich die Vorschriften; ständiges Nachschulen und Anpassung der Herangehensweisen seien erforderlich.

Dr. Hugh Bronson (AfD) verweist auf die Einstellungskriterien, die diese „sogenannte“ Europakompetenz abdecken sollten. Es sei keine Beleidigung der Mitarbeiter sondern gehe vielmehr darum, die richtigen Leute für die richtigen Positionen zu finden. Das „sogenannt“ sei in Anführungszeichen gesetzt worden, weil es sich hier nicht um Europa handle, sondern um EU. Es gebe 27 Mitgliedstaaten der EU, in Europa gebe es 47 Staaten. Eine richtige Terminologie würde helfen zu erklären, worum es hier gehe.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) stellt den Antrag auf Abstimmung, die Fragestellung als Berichtsauftrag nicht zuzulassen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Berichtsauftrag abzulehnen.

Titel 11960 – Einnahmen aus dem Betrieb der Top Level-Domain „berlin“ –

Lfd. Nr. 24 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Bitte um Auflistung der Einnahmen/LOS-Entgelte. Wie erklärt sich die Einnahmeerhöhung 2022? Wie erklärt sich die Ansatzbildung?

Lfd. Nr. 24 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Einnahmen aus dem Betrieb der Top Level-Domain „berlin“ liegen stabil bei etwa € 400.000,-. Wie kommt diese Summe zusammen? Welche vertraglichen Verpflichtungen führen zu dieser Einnahme? Wie lange ist die Vertragslaufzeit der eingegangenen Verträge? Wann werden Neuverhandlungen, Verlängerungsverhandlungen, … nötig? Ist das Land Berlin am wirtschaftlichen Erfolg der Vermarktung der Top Level-Domain „berlin“ beteiligt? Welche Maßnahmen unternimmt der Senat, um die Verbreitung der Top Level-Domain „berlin“ zu fördern? Hat der Senat ein Interesse daran, dass die Internetangebote und -Adressen des Landes Berlin so weit wie möglich auf die Endung „.berlin“ umgestellt werden? Welche Maßnahmen unternimmt der Senat, um die Internetangebote und -Adressen des Landes Berlin auf die Endung „.berlin“ umzustellen? Welche Kosten entstehen im Zusammenhang mit der Umstellung der Endung „.berlin“? Erwartet der Senat auch zusätzliche Einnahmen durch eine zunehmende Verbreitung der Endung „.berlin“? Verbindet sich mit der Umstellung von der Endung „berlin.de“ auf „.berlin“ Einsparungen? Übermittlung aller Evaluationen, Studien, Wirtschaftspläne und Businesspläne, welche die Beteiligung des Landes Berlins an der Vermarktung der Top Level-Domain „berlin“ und deren Betrieb durch die dotBerlin GmbH betreffen.

Vorsitzender Andreas Otto hält für den Ausschuss fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden, Berichtsauftrag Nr. 17.

Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke –

Lfd. Nr. 25, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte detaillierte Auflistung der Mittel – insbesondere auch Projekte zur Smart-Cities-Strategie Berlins – Maßnahmen, Dienstleister*innen, Träger*innen und Fördernehmer*innen, welche hierzu geplant, beauftragt und umgesetzt werden.

Vorsitzender Andreas Otto hält für den Ausschuss fest, dass die Fragen zur lfd. Nr. 25 schriftlich beantwortet würden, Berichtsauftrag Nr. 18.

Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke –

Lfd. Nr. 26, AfD-Fraktion

Welche „Zuwendungen Dritter“ in welcher Höhe und für welche „öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen“ werden erwartet?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) bittet, die Fragen schriftlich beantworten zu können.

Vorsitzender Andreas Otto hält für den Ausschuss fest, dass die Fragen zur lfd. Nr. 26 schriftlich beantwortet würden, Berichtsauftrag Nr. 19.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –
Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Lfd. Nr. 27, AfD-Fraktion

Bitte um Erläuterungen zu den Aufwüchsen 2024 und 2025.

in Verbindung mit

Lfd. Nr. 28, AfD-Fraktion

Bitte um Erläuterungen zu den Aufwüchsen 2024 und 2025.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, die Ansatzerhöhungen ergäben sich im Wesentlichen aus der Fortschreibung der Ist-Ausgaben 2022. Grundlage sei das Aufstellungsrundschreiben der Senatsverwaltung für Finanzen vom 22. Dezember 2022. Darüber hinaus habe er auf die Neuressortierung der Stabsstelle Digitalisierung mit insgesamt vier Planstellen verwiesen, einmal B 7 und dreimal A 14, die CDO-Staatssekretärin, die aus der früheren Senatsverwaltung für Inneres Digitalisierung und Sport in den Geschäftsbereich des Regierenden Bürgermeisters übertragen worden seien und die mit dem Haushalt 2024/25 im Kapitel 0300, Titel 42201 veranschlagt würden. Darüber hinaus gebe es in 2024 einen Stellenzuwachs von neun Planstellen, die Musterausstattung Leistungsbereiche; es betreffe den CDO-Bereich auch für den Bereich Smart City und die Verwaltungssteuerung. Im Rahmen der Dienstkräfteanmeldung sei eine Verstärkung im Bereich der Rundfunkangelegenheiten bewilligt worden.

Hier gehe es um Tätigkeiten für die Novellierung des Staatsvertrags, Rechtsaufsicht, Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks insgesamt und andere Themen. Es betreffe aber auch die Steuerung der Koordination des Controllings der Ressort- und Landespolitik und die Einrichtung einer Diversity-Stelle. In 2020 gebe es zweimal 0,5 Planstellen Aufwuchs.

Carsten Schatz (LINKE) weist darauf hin, in dem nicht überwiesenen Kapitel 0360 – Senatskanzlei – Digitalisierung – gebe es die gleichen Titel. Insofern seien sie dort veranschlagt und dürften in diesem Kapitel gar nicht auftauchen.

Ronald Gläser (AfD) interessiert, wie viele Mitarbeiter bis jetzt mit Rundfunkangelegenheiten in der Senatskanzlei befasst seien und wie viele es zukünftig sein würden.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, es handle sich um die Abteilungen V und VI, aus der Innenverwaltung kommend. Im Bereich Rundfunkangelegenheiten gebe es fünf Planstellen. Dazu gehöre auch der gesamte Bereich Film, Medienboard, MABB, Games. Das Medienreferat habe eine Bandbreite von Aufgaben, die alle wichtig für die Stadt seien, wichtig für das Image der Stadt und entsprechende Regionaleffekte für die Berliner Wirtschaft nach sich zögen. Um das klassische Rundfunkgeschäft kümmere sich im Wesentlichen ein Kollege; in Brandenburg gebe es vier Personen dafür. Für die Novellierung des Staatsvertrages sei es gelungen, einen weiteren Beamten des höheren Dienstes für den Bereich einsetzen zu können.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss die Erledigung der Fragestellungen fest.

Titel 42860 – Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers –

Lfd. Nr. 29, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welches Konzept und welche konkrete personelle Umsetzung verbirgt sich hinter dem Titel?

Welche Maßnahmen wurden im Rahmen des Titels im Jahr 2023 umgesetzt?

Vorsitzender Andreas Otto äußert in seiner Funktion als Abgeordneter, ihn interessiere, welches Konzept verfolgt werde. Wie viele Doppelbesetzungen gebe es? Wie viele Senior-Expertinnen und -Experten seien tätig?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) führt aus, die Ausgaben hätten das Ziel der strategischen und operativen Umsetzung von Wissenstransfer und Wissensmanagement. Dazu gehörten als Maßnahmen Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen, um das Wissen zu sichern und zu implementieren. Im Jahr 2023 habe es bei diesen Stellendoppelbesetzungen einen Fall gegeben, in denen einige Monate das Aufgabengebiet gemeinsam wahrgenommen worden und gleichzeitig die Einarbeitung erfolgt sei; auch davor sei dieses Verfahren schon praktiziert worden. Nach seiner Einschätzung würden davon in der Zukunft mehr benötigt.

Vorsitzender Andreas Otto interessiert, wie viele Mitarbeiter in den nächsten ein, zwei Jahren in Pension gingen. In welchen Bereichen sei dies sinnvoll?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) verweist auf den zu den Zahlen auf den Unterausschuss Stellenplan. Er halte das Verfahren für richtig.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss die Erledigung der Fragestellungen fest.

Titel 44304 – Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr. 30, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Wieso erhöhen sich die Beiträge an die Unfallkasse so erheblich?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, die Erhöhung der Beiträge ergebe sich immer aus einem Umlagebeitrag, den die Unfallkasse ermittle. Grundlage sei auch eine erhöhte Zahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, resultierend aus der Neuressortierung.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss die Erledigung der Fragestellungen fest.

Titel 44379 – Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte –

Lfd. Nr. 31, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Wieso erhöhen sich die Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte so erheblich?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, es handle sich dabei im Wesentlichen um die Kostenübernahmen für die augenärztlichen Untersuchung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die größtenteils an Bildschirmen arbeiten. Bereits im Haushaltsjahr 2022 habe es Ist-Kosten in Höhe von 92 044,57 Euro gegeben. Der Ansatz in 2023 in Höhe von 45 000 Euro habe aufgrund der höheren Anzahl von Beschäftigten verstärkt werden müssen.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss die Erledigung der Fragestellungen fest.

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –

Lfd. Nr. 32, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Das Mehr wegen der Senatsumbildung „Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung“ erfordert eine Erhöhung der Prämien für besondere Leistungen. Welche besonderen Leistungen liegen dem zugrunde? Welche Notwendigkeit, Möglichkeit und vertragliche Grundlage sieht der Senat – insbesondere auch im Zuge der Debatte und sukzessiven Abschaffung außertariflicher Zuschüsse, Sonderzahlungen, Boni und Prämien für Mitarbeitende des RBB – Bonuszahlungen zukünftig generell weiter einzuschränken?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) stellt dar, es gebe besondere Leistungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Geschäftsbereich des Regierenden Bürgermeisters auf der Grundlage einer Verordnung über die Gewährung von Prämien und Zulagen für besondere Leistun-

gen. Leistungsprämien könnten insgesamt zehn Prozent der am 1. Januar eines Jahres vorhandenen verbeamteten – der A-Besoldung – und tariflich Beschäftigten gewährt werden. Leistungsbezogene Stufenaufstiege könnten bis zu zehn Prozent der am 1. Januar eines Jahres vorhandenen Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppe A, die das Endgrundgehalt noch nicht erreicht hätten sowie entsprechend tariflich Beschäftigte, die bereits die Stufe drei erreicht hätten, gewährt werden. Er könne frühestens nach Ablauf der Hälfte der jeweiligen Stufenlaufzeit festgesetzt werden. Die Form der leistungsbezogenen Vergütung beziehe sich nicht auf die hohen Besoldungsgruppen und die Beschäftigten und Beamten in den Endgruppen, sondern lege den Schwerpunkt auf die darunterliegenden Stufen lege und dies auch nur in begrenztem Umfang. Jeder Vergleich zum rbb und dessen Bonuszahlungen verbiete sich. Diese Entwicklung habe das Land Berlin behutsam den letzten Jahren vorangetrieben, um bestimmte Leistungskomponenten einzuführen.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss die Erledigung der Fragestellungen fest.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Lfd. Nr. 33 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Wie erklärt sich die Ansatzbildung? Wie hoch sind die Mittel, die durch Kostensteigerungen entstanden sind?

Lfd. Nr. 33 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Titel für den Geschäftsbedarf der Senatskanzlei, sprich die Ausgaben für Bücher, Zeitschriften, Allgemeinen Bürobedarf, Portokosten, Rundfunkgebühren, Druckaufträge/Vordrucke und Sonstiges, wächst zunächst um gut 50% an – bleibt dann aber 2024 bis 2025 stabil. Wie erklärt sich der plötzliche Aufwuchs? Wieso sind im weiteren keine Aufwüchse vorgesehen – etwa inflationsausgleichend oder auch nur mögliche steigende Rundfunkgebühren betreffend?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) führt, es habe Kostensteigerungen im Bereich Energie, Material, Papier gegeben. Es betreffe auch die Umstellung von Printmedien auf Digitalabonnenten und die Lizenzen, die zu zahlen seien, sowie die Rundfunkgebühren.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss die Erledigung der Fragestellungen fest.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Lfd. Nr. 34, AfD-Fraktion

1. Wie viele und welche Fahnen sollen zur „Bestückung von 9 Fahnenmasten“ jeweils 2024 und 2025 besorgt werden und was kosten die Fahnen im Einzelnen?

2. Handelt es sich nur um Fahnenmasten vor dem Roten Rathaus oder geht es auch um Fahnenmasten vor Senatsverwaltungen oder Ämtern?

Dr. Hugh Bronson (AfD) bemerkt, jährlich würden etwa 12 000 Euro für die Bestückung von neuen Fahnen aufgewendet? Würden jeweils neue Fahnen gekauft?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) antwortet, eine Flagge koste 161,40 Euro. Einmal jährlich würden aufgrund witterungsbedingter Beschädigungen je eine Flagge für Europa, die deutsche Bundesflagge, aber auch zwei Berliner Flaggen für die Fahnenmaste sowie auch für die Turmfahne im Roten Rathaus beschafft, auch viermal die Flagge der Ukraine. Die Beflaggung anderer Dienststellen werde in den entsprechenden Senatsverwaltung oder Bezirksämtern etatisiert.

Ronald Gläser (AfD) fragt nach, ob die neun Fahnenmasten alle vor dem Roten Rathaus stünden.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) äußert, sie stünden vor dem Neptunbrunnen; er lade jederzeit zur Ortsbesichtigung ein. Es gehe hier nur um die Fahnen.

Carsten Schatz (LINKE) fragt nach, ob für die neuen Fahnenmasten jeweils zweimal jährlich neue Fahnen erworben würden.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, die Turmflagge verursache deutlich höhere Kosten.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss die Erledigung der Fragestellungen fest.

Titel 52610 – Gutachten –

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss fest, dass die lfd. Nr. 35a, b, c schriftlich beantwortet werde, Berichtsauftrag Nr. 20.

Titel 52703 – Dienstreisen –

Lfd. Nr. 36, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Diese Ansätze für Dienstreisen werden 2024 um 50% abgeschmolzen und erfahren auch 2025 keinen Aufwuchs. Wie wird in diesem Zusammenhang die im Koalitionsvertrag formulierte, neue Europastrategie unterstützt? Wo sind die zusätzlichen Aufwendungen für Dienstreisen im Zusammenhang mit den in Aussicht gestellten Intensivierungen der Städtepartnerschaften und internationale Netzwerke, die Reisekosten für die Intensivierung der Partnerschaft mit Polen, die Reisekosten für die angestrebten, neuen Städtepartnerschaften mit Kyiv und Tel Aviv nachgewiesen? Wie wird bei Dienstreisen die Klimaneutralität gewährleistet und liegen die dazu notwendigen Aufwendungen den Kalkulationen zugrunde?

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE) verweist auf die Beantwortung zu den Fragen der lfd. Nr. 5 der Synopse. Wie werde bei Dienstreisen die Klimaneutralität gewährleistet?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) führt aus, Vorgabe sei, vornehmlich mit der Bahn zu reisen. Würde im Ausnahmefall geflogen werden müssen, gebe es einen CO_2 Ausgleich.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss die Erledigung der Fragestellungen fest.

Titel 52906 – Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege –

Lfd. Nr. 37 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Können diese Aufgaben mit den doch sehr gering angesetzten Mitteln erfüllt werden?

Lfd. Nr. 37 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Repräsentationsmittel des/der Regierenden Bürgermeisters/Bürgermeisterin und Bürgermeister und die außergewöhnlichen Repräsentationsverpflichtungen der Senatskanzlei sind mit gut € 10.000,- veranschlagt. Bitte um Auflistung und detaillierte Zuordnung zu den jeweiligen Veranstaltungen. Sind die Aufwendungen für das traditionelle Hoffest des/der Regierende/n Bürgermeister/in hier veranschlagt? Wie hoch sind die Aufwendungen für das traditionelle Hoffest des/der Regierende/n Bürgermeister/in? Zu welchen Konditionen werden Sponsor*innen, Ausstellende und Präsentierende an den Kosten beteiligt? Wie begegnet der Senat der Kritik des Steuerzahlerbundes, welcher die Zahlungen der landeseigenen Betriebe bemängelte und behauptete, dass in den Aufsichtsräten der landeseigenen Betriebe Druck ausgeübt würde, damit es eine finanzielle Unterstützung für das Hoffest gibt? Wer wirbt die Sponsor*innen, Ausstellenden und Präsentierenden an? Welche Leistungen werden, etwa von den Meisterköchen und anderen Werbetreibenden und Produktpräsentierenden verlangt? Wie werden die auftretenden Künstler*innen vergütet? Welche Kosten fallen insgesamt an, inklusive der Overheadkosten der Partner für Berlin Holding Gesellschaft für Hauptstadt Marketing? Werden alle Veranstaltungen ausgeschrieben?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) bittet, schriftlich berichten zu dürfen. Der zweiten Lesung könne entsprechend beraten werden.

Vorsitzender Andreas Otto hält für den Ausschuss fest, dass die lfd. Nr. 35 schriftlich beantwortet werde, Berichtsauftrag Nr. 21.

Titel 53102 – Berlin-Informationen –
in Verbindung mit
Titel 54010 – Dienstleistungen –
Titel 53103 – Empfänge, Feierlichkeiten –
Titel 53118 – Auswärtige Städteverbindungen –
in Verbindung mit
Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung) –

Keine Aussprache.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für die Ausschuss fest, dass die Fragen zu den lfd. Nrn. 38 bis 41 schriftlich beantwortet würden, Berichtsaufträge Nr. 22 bis 25.

Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung –
bis
Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln –

Carsten Schatz (LINKE) stellt die Frage, warum der Ansatz nach unten gehe, auch wenn es kein Ist gebe?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) antwortet, dass es eine Veranschlagungsvorgabe der Senatsverwaltung für Finanzen gewesen sei.

Carsten Schatz (LINKE) kündigt eine schriftliche Nachreichung der Frage an. Ihn interessierten, welche Geschäftsprozesse bereits optimiert worden seien, welche zur Digitalisierung an stünden und was in den letzten zwei Jahren geschehen sei.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss fest, dass die Fragen schriftlich nachgereicht würden. Ein schriftlicher Bericht werde erbeten, Berichtsauftrag Nr. 26.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Lfd. Nr. 42 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Zu TA Medienboard: Wie erklärt sich die Mittelerhöhung um 600.000 Euro? Wurden seit 2022 Personalstellen geschaffen? Welche Gründe sprechen für befristete Arbeitsverträge. Wurden Entfristungen vorgenommen?

Zu TA Digitalstrategie: Welche Überlegungen/Zielstellungen liegen dem Programm zugrunde? Welche konkreten Maßnahmen sind unter der Digitalstrategie „Gemeinsam Digital“ geplant? Bitte um Aufschlüsselung der Kosten. Welche Kooperationspartner sollen eingebunden werden? Ist die Beauftragung Dritter vorgesehen?

Ohne TA:

Wird das Format der Rathaus-Dialoge fortgeführt? Welche Themenfelder zur Entwicklung Berlins sollen behandelt werden?

Wo sind die Kosten für die Bereitstellung von Belegplätzen in Kindergärten veranschlagt?

Lfd. Nr. 42 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Durch den Verzicht auf die Abbildung des Ist (Rest/R) 2022 und des Ansatz 2023 wird die Entwicklung dieses Titels schwer nachvollziehbar. Bitte entsprechend ergänzen und nachvollziehbar darstellen.

Worauf entfallen die rund 500 T €, um die der TA „Anteils Berlins am Aufwendungsersatz für den Betrieb der Medienboard Berliner-Brandenburg GmbH“ aufwächst?

Was verbirgt sich hinter dem neuen TA „Digitalstrategie Gemeinsam Digital: Berlin“ i.H.v. 3 Mio. € p.a.? Wieso ist der Ansatz hier verortet? Bitte alle betroffene Projekte und Maßnahmen individuell auflisten und die Kosten detailliert aufschlüsseln. Welche vertragliche Bindung besteht mit den beauftragten Dienstleister*innen? Bitte um Vorlage eines Konzepts.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) führt aus, das Medienboard habe als Gesellschaft geschlossen, sich dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes anzunähern. Mit den Beschäftigtenvertretungen sei eine Stufenvereinbarung getroffen worden, irgendwann beim TV-L zu landen. Zusammen ergäben sich die notwendigen Anpassungen. Zudem seien befristete Arbeitsverträge entfristet worden.

Vorsitzender Andreas Otto hält für den Ausschuss fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden, Berichtsauftrag Nr. 27.

Titel 54053 – Veranstaltungen –
in Verbindung mit
Titel 68123 – Ehrungen, Preise –

Lfd. Nr. 43 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

TA 5, 100 Jahre S-Bahn: Welche Maßnahmen sind geplant?

TA 7, Sonderformat EURO 24: Welcher Art ist das Sonderformat, welche Ziele verfolgt das Format?

TA 10, Internationale Fragen, Demokratieförderung, Gesellschaft: Welcher Art sind die Veranstaltungen? Welche Themenfelder sind geplant?

TA 11, Oder-Partnerschaft: Welche Maßnahmen sind geplant? Warum wird die Maßnahme 2025 eingestellt?

Lfd. Nr. 43 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Durch den Verzicht auf die Abbildung des Ist (Rest/R) 2022 und des Ansatz 2023 wird die Entwicklung dieses Titels schwer nachvollziehbar. Bitte entsprechend ergänzen und nachvollziehbar darstellen.

TA 5. 100 Jahre S-Bahn in Berlin, Jubiläum 2024. Hierfür wurden 2022 € 25.000 und 2023 € 975.000 veranschlagt. 2024 sind € 1.000.000 vorgesehen und 2025 € 750.000. Wofür werden die Mittel verausgabt? Bitte eine detaillierte Auflistung der Kosten. Warum werden für das 100jährige S-Bahn Jubiläum 2024 Kosten in Höhe von € 750.000 im Folgejahr fällig?

TA 6. Welches Format ist mit dieser Ost-MPK gemeint? Bitte Details auflisten.

TA 7. Fußball-EM Sonderformat. Was ist darunter zu verstehen und wie werden die € 250.000 im Detail verausgabt?

TA 9. Warum ist hier ein Wissenschaftspreis, dotiert mit € 25.000 für jeweils 2024 und 2025 veranschlagt – und im Titel (S. 22) 68123 Ehrungen, Preise die Verleihung eines Wissenschaftspreises, erstmals 2023, in Höhe von € 50.000? Um welche Ausgaben handelt es sich jeweils? Handelt es sich um denselben Wissenschaftspreis? Bitte eine detaillierte Auflistung.

TA 10. Welche Veranstaltungen zu Internationalen Fragen, Demokratieförderung und Gesellschaft sind hier gemeint? Bitte eine detaillierte Auflistung, einen Überblick über die Vergabekriterien, Ausschreibungen, Dienstleister-/innen und Fördernehmer*innen.

Lfd. Nr. 43 c, AfD-Fraktion

zu 5.

Das Jubiläum wird 2024 gefeiert. Warum sind 2025 noch einmal 750.000 Euro eingeplant?

zu 10.

Wer oder was wird im Rahmen von „Veranstaltungen zu Internationalen Fragen, Demokratieförderung, Gesellschaft“ 2024 und 2025 jeweils mit Mitteln in welcher Höhe finanziert? (Bitte einzeln aufschlüsseln)

zu 11.

Warum werden Summen für die Oder-Partnerschaft sowohl an dieser Stelle als auch unter Titel 68535 eingeplant?

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss fest, dass ein schriftlicher Bericht angefordert werde, Berichtsauftrag Nr.28.

Titel 54302 – Aufwendungen für die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg

Lfd. Nr. 44, Fraktion Die Linke

In den aktuellen Richtlinien der Regierungspolitik 2023-2026 heißt es:

„Regelmäßige Abstimmungen zwischen Brandenburg und Berlin sind zur fortlaufenden Koordination in und Entwicklung von wichtigen Politikbereichen von zentraler Bedeutung. Hierzu gehören auch die gemeinsamen Sitzungen beider Landesregierungen, die mindestens einmal im Jahr stattfinden, sowie die Zusammenarbeit mit dem kommunalen Nachbarschaftsforum. Um gemeinsame Projekte und Planungsziele zu besprechend, prüft der Senat eine Metropolraumkonferenz."

Der Titel, der diese Aufwendungen finanzieren soll, fällt mit dem neuen Doppelhaushalt weg. Wie bewertet der Senat die bisherige Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg? Welche Ausweitungen sind in 2024 und 2025 geplant? Aus welchen Titeln und in welcher Höhe werden in 2024 und 2025 die Aufwendungen für die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg finanziert?

Carsten Schatz (LINKE) kommt auf die Ausführungen des Regierenden Bürgermeisters zu sprechen, wonach die Zusammenarbeit intensiviert werden solle und Tag für Tag besser werde. Insofern verwundere der Wegfall des Titels. Wie werde die Intensivierung weiter vorgenommen? Wo sei der Ansatz etatisiert?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) verweist auf seine Erläuterungen, welche Maßnahmen im Bereich der Senatskanzlei finanziert würden, zum einen die Lenkungskreise und die gemeinsamen Kabinettssitzungen, Titel 53103 – Empfänge, Feierlichkeiten – sowie die Website Berlin-Brandenburg aus Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –. Einzelne Projekte seien bei den jeweiligen Kapiteln der entsprechenden Senatsverwaltungen veranschlagt.

Carsten Schatz (LINKE) bittet um einen schriftlichen Bericht.

Vorsitzender Andreas Otto hält für den Ausschuss fest, die Fragen würden schriftlich beantwortet, Berichtsauftrag Nr. 29.

Titel 54609 – Maßnahmen zur Förderung institutionalisierter Patenschaften Berlins

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 45 anzufordern, Berichtsauftrag Nr. 30.

Titel 54611 – Kommunikation Hauptstadtmarke –

Lfd. Nr. 46 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Welche Maßnahmen, Kampagnen oder Initiativen sind in 2024/2025 geplant? Bitte um Kostenaufschlüsselung. Wie erklärt sich die Ansatzbildung nach Abschluss des Markenrelaunches? Wurde für Angebote im Bereich Audio/Radio und Audiovisueller Projekte die Einbindung von den Freien Radios und Alex Berlin geprüft?

Lfd. Nr. 46 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum setzt der Senat nur auf eine singuläre Hauptstadtmarke, anstatt die HauptstadtREGION gemeinsam mit dem Land Brandenburg weltweit zu bewerben?

Welche Vor- und Nachteile sieht der Senat bei einer singulären Hauptstadtmarke im Vergleich zu einer Marke als Metropol- bzw. Hauptstadtregion?

Welche Strategie für eine gemeinsame Kommunikation der Region in Zusammenarbeit mit Brandenburg verfolgt der Senat?

Bitte detaillierte Auflistung der Mittel , Maßnahmen, Dienstleister*innen, Träger*innen und Fördernehmer*innen, welche zur Entwicklung und Weiterführung von Kommunikationsmaßnahmen zur nationalen und internationalen Bewerbung der Hauptstadt und der Hauptstadtmarke verwandt und beauftragt werden.

Vorsitzender Andreas Otto äußert sich in seiner Funktion als Abgeordneter und merkt an, der Regierende Bürgermeister habe vorhin von einer Chancenregion gesprochen. Trotzdem werde immer Berlin allein als Hauptstadtmarke kommuniziert, wie es auch bei diesem Titel veranschlagt sei. Andere Metropolen machten Marketing für die gesamte Region. Der Senat sollte überlegen, diesbezüglich einheitlicher aufzutreten.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) legt dar, im Rahmen der Zusammenarbeit mit Brandenburg sei eine Zusammenarbeit auch im Bereich der Wirtschaftsansiedlung und andere Themen geboten. Hier gehe es um die Kommunikationsstrategie, zu der im Einzelnen dargestellt würde, welche Maßnahmen und Kampagnen geplant seien. Zu Berlin gehören immer das Thema Hauptstadtmarke und Stadt der Freiheit. Er nehme das Thema Brandenburg als Idee und Gedanken auf. Es müsse eine Auseinandersetzung erfolgen, wie mit externer Unterstützung diese Kommunikationsmaßnahme indiziert werde.

Vorsitzender Andreas Otto hält für den Ausschuss fest, dass ein schriftlicher Bericht erbeten werde, Berichtsauftrag Nr. 31.

Titel 54690 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen –

Lfd. Nr. 47 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte detaillierte Auflistung der Mittel , Maßnahmen, Dienstleister*innen, Träger*innen und Fördernehmer*innen, welche hier für öffentlichkeitswirksame Maßnahmen und das Projekt Smart City verwendet und beauftragt werden.

Lfd. Nr. 47 b, AfD-Fraktion

1. Was wird im Rahmen dieses Titels 2024 und 2025 im Einzelnen finanziert?

2. Wie sind die Aufwüchse 2024 und 2025 zu begründen?

3. Welche „öffentlichkeitswirksame[n] Maßnahmen“ werden 2024 und 2025 im Einzelnen finanziert?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht anzufordern, Berichtsauftrag Nr. 32.

Titel 68207 – Zuschuss an die Deutsche Film- und Fernsehakademie –

Lfd. Nr. 48 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Bitte um Erläuterung zur Ansatzbildung.

Bitte um Übersicht über das Dffb-Personal. Gibt es einen Haustarifvertrag und welche Schwerpunkte sind darin festgehalten? Bitte um Aufschlüsselung der Personalkosten, mit Entgeltgruppen. Wie viele Studierende studieren derzeit an der Dffb? Wird das Filmnetzwerk Berlin fortgeführt? Ist dessen Finanzierung gesichert? Welchen Stand haben die Vorbereitung zum Dffb-Umzug?

Lfd. Nr. 48 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte Auflistung der aktuellen Studierenden-, Gasthörenden nach Beginn des Studiums und aktuellem Fachsemester, aufgeschlüsselt nach Studiengängen. Anzahl der Lehrenden, aufgelistet nach Studiengängen / Studienfächern. Wie hoch ist die Anzahl der aktuell aktiv Studierenden. Wie viele Studierende haben die dffb vor/ohne, wie viele mit Abschluss verlassen? In welchen Semestern befinden sich die aktiv Studierenden? Bitte für die letzten zehn Jahre aufschlüsseln.

Welchen Stand der Umzugsplanung haben wir erreicht, welche Mittelabflüsse fallen wann an? Gibt es Verzögerungen beim Umzug und wird die dffb den Potsdamer Platz pünktlich verlassen können? Sind alle Voraussetzungen für den Umzug geschaffen worden und alle nötigen Mittel eingestellt? Wie hoch sind, und wie haben sich die budgetierten Kosten verändert/erhöht? Sind Vorkehrungen geschaffen worden, sollte der Auszug nicht zum 31.3.2025 erfolgen können? Bitte detaillierte Auflistung der Kosten.

Lfd. Nr. 48 c, Fraktion Die Linke

Welche Kosten sind für Tarifanpassungen der tariflich Beschäftigten entstanden? Wie viele Dozent*innen arbeiten auf Honorarbasis? Wie unterstützt die Dffb die Vernetzung der Studierenden mit Produzent*innen, Verleiher*innen, Kinos und Filmfestivals?

Lfd. Nr. 48 d, AfD-Fraktion

1. Wie sind die Aufwüchse 2024 und 2025 jeweils zu begründen?

2. Hielte der Senat die Einführung einer moderaten Beteiligung der Studenten an den Studienplatzkosten für vertretbar? Hielte der Senat die Einführung nachgelagerter Studiengebühren für sinnvoll?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) sagt einen umfassenden Bericht zu.

Der **Ausschuss** beschließt, einen schriftlichen Bericht anzufordern; Berichtsauftrag Nr. 33.

Titel 68230 – Zuschuss CityLAB –

Lfd. Nr. 49 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Wie hoch sind die Personal-Ausgaben für das CityLAB? Welche konkreten Lösungen / Anregungen/ Initiativen für städtische Probleme von Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft wurden im CityLAB bisher erarbeitet? Welche konkreten Ergebnisse, Anregungen – insbesondere im Bereich Digitalisierung – sind bisher konkret aus dem „City-LAB“ hervorgegangen? Welche Projekte fanden bisher im Rahmen des „City-LABs“ statt? Welche Projekte aus den angesetzten Mitteln sind geplant? Ist das CityLab in Maßnahmen der Smart-City-Strategie?

Lfd. Nr. 49 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Inwieweit ist das Ziel des CityLAB, die Potenziale von Digitalisierung und Smart-City-Technologie auszuloten und praxistaugliche Lösungen für Berlin und andere Städte zu entwickeln, umgesetzt worden? Das CityLAB soll dabei als ein Dienstleister und Vordenker für Stadt und Stadtgesellschaft gleichermaßen fungieren. Als zentrale Anlaufstelle in Berlin für die Themen Digitalisierung und Smart City, als Veranstaltungsort, Think Tank, Co-Working Space, Versuchslabor und Ausstellungsfläche und dabei sämtlichen relevanten Akteuren für einen kollaborativen Austausch offenstehend. Wie weit sind diese Aufgaben erfüllt worden? Hat es eine Evaluation der Ausgaben gegeben? Bitte Ausgaben detailliert aufschlüsseln. Wie viele Personen wurden mit den jeweiligen Maßnahmen erreicht? Welche Kontrollmechanismen wurden mit welchem Ergebnis eingesetzt? Welche Nachhaltigkeitsmaßnahmen wurden veranlasst? Welche Nachjustierungen wurden vorgenommen? Welche Schwerpunkte wurden neu gesetzt? Wie ändert sich die Mittelverteilung? Gibt es Bedarfsanmeldungen, welche einen noch größeren Wirkungskreis ermöglichen könnten, etwa durch Personalaufwuchs?

Lfd. Nr. 49 c, Fraktion Die Linke

Welche Aktivitäten/Mittel sind jeweils in 24/25 in welcher Höhe geplant?

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht anzufordern, Berichtsauftrag Nr. 34, gemeinsam mit Bericht zur lfd. Nr. 49 a - c.

Titel 68324 – Zuschüsse an die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH –

Lfd. Nr. 50 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Wie viele Filmprojekte wurden 2022/23 gefördert? Wirkt sich die Novellierung des Filmfördergesetzes auf die Filmproduktionen aus? Wie hoch ist die Tilgungsquote der Filmproduktionen 2022/23? Wie hat sich das Antragsvolumen im Bereich Digitale Filmproduktion/VFX entwickelt und welche Entwicklungen zeichnen sich ab? Läuft die Vergabe weiterhin über das Medienboard? Wie beziffern sich die Mittel im Bereich der digitalen Filmproduktion/VFX? Wie wird der Senat der Überjährigkeit von Filmproduktionen gerecht? Hat sich die Anzahl beteiligter Filmfördereinrichtungen seit 2021 verändert? Wie viele Anträge auf Förderungen im Bereich Kinder-, Dokumentar-, künstlerischem Film und Filmfestivals sind 2022/23 eingereicht worden?

Wie hoch fiel die re:publica-Förderung 2023 aus und in welcher Höhe ist die Förderung 2024 geplant?

Wird das Human Rights Festival in gewohnter Qualität weitergeführt? Welche Mittel sind dafür bereitgestellt?

Unterstützt der Senat die vom Parlament gestartete Initiative zur Vernetzung der Europäischen Filmfestivals?

-Wie entwickelt sich die Initiative Kinosommer? Konnte der Senat hier schon Verbesserungen für Openair-Events erreichen? Soll die Draußenstadt-Initiative miteingebunden werden?

-Wie ist die Planung für einen Berliner Standort des Medienboards?

Lfd. Nr. 50 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie viele Projekte wurden 2022/23 gefördert? Bitte nach Sparten auflisten.

Wie viele Projekte (Film, Games …) haben sich um Förderung beworben und wie hoch waren die jeweiligen Förderquoten?

Wie hoch sind die jeweiligen Regionaleffekte – in den einzelnen Bereichen?

Bestehen Förderlücken? Wie hoch sind die insgesamt angefragten Fördersummen? Wie hoch sind die jeweils förderungswürdigen Summen? Wie hoch sind die tatsächlich geförderten Summen? Was wären die optimalen Mittelausstattungen, um möglichst hohe wirtschaftliche Regionaleffekte zu erzielen? Welche Mittel wären nötig, um alle förderwürdigen, künstlerischen Anträge fördern zu können?

Wie entwickeln sich jüngere Förderprogramme, etwa im VFX und Immersiv Bereich?

Wie entwickeln sich die Schwerpunkte Film / Kino / Serien / Games / Immersiv, hinsichtlich der Anzahl von Förderprogrammen und Mittelverteilung? Wie soll sich die Förderung des Medienboard in 2024 und 2025 in den verschiedenen Bereichen aufgliedern? Welche Veränderungen gegenüber den Vorjahren werden geplant/umgesetzt?

Wie hoch ist der Anteil der in Digital Stages produzierten Projekte? Welche Auswirkungen auf den ökologischen Fußabdruck dieser Projekte hat die Nutzung der Digital Stages? Wie hat sich der Förderbedarf im Bereich der digitalen Filmproduktion seit Einführung entwickelt? Welche Entwicklungen sind erwartbar? Wie hat sich die Dienstleisterförderung in Baden-Württemberg und Bayern entwickelt? Welche Maßnahmen unternimmt das MBBB, um keine, die öffentliche Haushalte belastenden, Konkurrenzen zu befördern und Reisetätigkeiten der Fördernehmer*innen zu minimieren? Wie viele Projekte werden bundesländerübergreifend gefördert und welche Maßnahmen ergreift das Medienboard Berlin Brandenburg, um unnötige Reisen der Teams zu vermeiden? Welche Maßnahmen unternimmt das MBBB, um dem Unterbietungswettkampf, zwischen den deutschen / europäischen Medienproduktionsorten, zu begegnen?

Wie hoch sind die Tilgungsquoten der einzelnen Förderprogramme? Bitte ab 2010 detailliert auflisten.

Welche Maßnahmen unternimmt das MBBB, um die filmkulturelle Infrastruktur unter technischen Gesichtspunkten zu stärken?

Welche Maßnahmen unternimmt das MBBB, um die Kinolandschaft in ihrer gesamten Vielfalt zu stärken? Bitte um Aufschlüsselung der Kinoförderung und der Programmkinoförderung. Welche Kriterien liegen den Kinoförderungen zugrunde? Wie werden inhabergeführte, kuratierte Kinos gefördert?

Wie hat sich die Anzahl der Medienschaffenden in den einzelnen Bereichen seit 2010 in Berlin und Brandenburg entwickelt? Bitte jahresscharf auflisten.

Welche Maßnahmen unternimmt das MBBB, um die Transformation hin zu weitestgehend nachhaltiger und klimaneutraler Produktion in den einzelnen Bereichen zu fördern? Sind hierfür weitere Mittel notwendig?

Ist der Ansatz für die Förderung von Kinder-, Dokumentarfilm, künstlerischem Film sowie Kurz- und Animationsfilm ausreichend? Es sind hier keine Aufwüchse gegenüber dem HH 22/23 vorgesehen, trotz gestiegener Kosten – bedeutet das weniger förderbaren Projekte? Wie viele Projekte haben Förderanträge gestellt und wie viele konnten bewilligt werden? Wie viele Projekte konnten nicht gefördert werden, obwohl sie förderwürdig waren? Wie hoch waren die beantragten im Vergleich zu den bewilligten Summen? Bitte nach Sparten getrennt auflisten.

Die für die Förderung von Festivals vorgesehenen Mittel haben einen leichten Aufwuchs erfahren. Ist selbiger ausreichend? Wie viele Festivals beantragen Förderung, wie viele sind förderwürdig und wie viele können gefördert werden? Bitte eine detaillierte Auflistung mit Ausweisung der beantragten, wünschenswerten und tatsäch-

lichen Fördersummen. Welche Fördersummen sind für die drei vormals namentlich genannten Filmfestivals, (Human Rights Film Festival Berlin, Teddy- Awards, Jüdisches Filmfestival) beantragt, wünschenswert und zur Förderung vorgesehen? Gibt es das im letzten Haushalt angekündigte Senatskonzept, dessen Kriterien der Förderung von Filmfestivals zugrundeliegen sollen? Wenn ja bitte anfügen, wenn nein – warum nicht? Welche Kriterien liegen der Filmfestivalförderung zugrunde?

Wie entwickelt der Senat die vom Parlament gestartete Initiative zur Vernetzung der Europäischen Filmfestivals? Welche konkreten Maßnahmen sind 2024/25 geplant? Wie wird das MBBB in die Maßnahmen des Senates zur Vernetzung der Filmfestivalstädte eingebunden?

Wie wird die Filmwirtschaft in die kulturellen Schlüsselprojekte des Berliner Senates, etwa Kultursommer/Kulturfestival, DraussenStadt … eingebunden?

Ist das MBBB in die Messe „Re:publica“ eingebunden? Welche Förderung ist hier vorgesehen? Sind Förderung und/oder Teilnahme des MBBB an weiteren Formaten, Veranstaltungen oder Events mit ähnlicher Ausrichtung geplant?

Welche Aktivitäten werden für das 20-jährige Jubiläum des MBBB in 2024, seitens des MBBB und/oder des Senates geplant? Welche Maßnahmen werden durch die € 350.000, welche für die Reduzierung des Vorwegabzugs vorgesehen sind, abgedeckt?

Welche Maßnahmen ergreift das MBBB um die Abhängigkeit der hiesigen Filmwirtschaft und Filminfrastruktur von ausländischen Großproduktionen zu verringern?

Besteht im Games und Immersiven Bereich eine ähnliche Abhängigkeit von internationalen Großkonzernen und mit welchen Maßnahmen unterstützt das MBBB eine Reduzierung dieser Abhängigkeit?

Welche Auswirkungen hat der russische Angriffskrieg in der Ukraine auf die Filmwirtschaft? Welche Maßnahmen unternimmt das MBBB um Filmschaffenden aus und in der Ukraine zu helfen? Sind der Senat und das Medienboard in geplante Maßnahmen, etwa beim Wiederaufbau oder der Kooperation eingebunden?

Welche Maßnahmen unternimmt das MBBB zur Förderung der nach Berlin und Brandenburg geflohenen Film- und Medienschaffenden? Bitte nach Herkunftsregionen getrennt auflisten, falls es hier unterschiedliche Programme gibt.

<u>Lfd. Nr. 50 c, Fraktion Die Linke</u>

Wie soll sich die Förderung des Medienboard in 2024 und 2025 nach verschiedenen Bereichen aufgliedern?

Mit wie welchen Summen wurden die einzelnen Sparten Kinder-, Dokumentar-, künstlerischer Film sowie Kunstfilm 2022 und 2023 jeweils gefördert?

Welches Förderkonzept lag dem zugrunde?

Welche Filmfestivals wurden 2022 und 2023 jeweils mit welchen Fördersummen gefördert?

Welches Förderkonzept lag dem zugrunde?

Welche Preisverleihungen sollen neben dem Kinoprogrammpreis gefördert werden? Welches Förderkonzept liegt dem zugrunde?

Wie sind Fördermaßnahmen zur Förderung der Filmkultur definiert? Welches Förderkonzept liegt dem zugrunde?

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE) bittet insgesamt um schriftliche Beantwortung. Welche Maßnahmen unternehme das Medienboard Berlin-Brandenburg, um die filmkulturelle Infrastruktur unter technischen Gesichtspunkten zu stärken? Aufgefallen sei, dass das Human Rights Filmfestival und das Jüdische Filmfestival nicht wieder explizit benannt seien. Welche Gründe gebe es?

Dr. Alexander King (LINKE) schließt mit der Frage an, warum auch der TEDDY AWARD nicht mehr explizit erwähnt werde.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, es ergebe sich aus der Struktur des Haushalts. Bislang sei in den Erläuterungen klar festgelegt worden welcher Ansatz wofür verwandt werde. Es seien aber keine Festlegungen getroffen worden, dass die Festivals nicht stattfänden. Das Human Rights Festival finde bereits im Oktober statt. Alle drei genannten Veranstaltungen würden als großer Gewinn in der Szene gesehen. Es sei reine Haushaltstechnik, dass diese nicht explizit aufgeführt seien. Er kündige schriftliche Informationen dazu an.

Vorsitzender Andreas Otto hält für den Ausschuss fest, dass die Fragen in einem schriftlichen Bericht beantwortet werden, Berichtsauftrag Nr. 35.

Titel 68535 – Zuschüsse im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit –

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 51 anzufordern, Berichtsauftrag Nr. 36.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Lfd. Nr. 52 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Zu TA 3, Villa Aurora/Thomas-Mann-House: Welche (Berliner) Fördereinrichtungen sind bei der Bereitstellung von Stipendien beteiligt?

Zu TA 7, Bitte um Erläuterung zu Planungen, Einbindung von Partnern und Angabe der Kosten. Wie viele Drehgenehmigungen wurden in Berlin in 2022/23 ausgestellt? Wie ist der Stand der Planung für die Zentrale Anlaufstelle für Drehgenehmigungen? Wo soll sie angesiedelt werden?

Zu TA 8, Computerspielesammlung: Wie begründet sich der Aufwuchs in 2025? Welcher Art ist die Einbindung von Akteuren der nicht-kommerziellen Spielekultur bei der Entwicklung der Sammlung?

Zu TA 10, Marlene-Dietrich-Ausstellung: Wer ist Umsetzungspartner? Wo wird die Ausstellung präsentiert? Welche Zielstellung besteht?

Zu TA 11, Gemeinsam Digital: Berlin: Welche Ziele verfolgt die Initiative? Bitte um Listung der Maßnahmen mit Kostenangabe.

Zu TA 14, House of Games: Bitte um Überblick zur Planung.

Zu TA 15, Kinoförderung: Welche Überlegungen verbinden sich mit dem Sperrvermerk?

Ohne TA:

Urania (2022/23: TA 10): Sind Zuwendungen für die Urania vorgesehen? Wo sind die Mittel in welcher Höhe veranschlagt? Welche Maßnahmen sind in Planung?

Bürgerterminals/Digital-Zebra (2022/23: TA 14): Ist die Fortsetzung der Maßnahme vorgesehen? Wo sind die Mittel in welcher Höhe veranschlagt?

Migrationsmuseum (2022/23: TA 15): Ist die Fortsetzung der Maßnahme vorgesehen? Wo sind die Mittel in welcher Höhe veranschlagt?

<u>Lfd. Nr. 52 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</u>

Warum sind die im Haushalt 22/23 in diesem Titel verorteten TA 10 (alt) „Zuwendung Urania e.V.“ i.H.v. 250.000 € in 2022 und 750.000 € in 2023, TA 13 (alt) „Förderung freier Radios“ i.H.v. 60.000 € in 2022 und 2023, TA 15 (alt) „Zuschuss für die Einrichtung von Bürgerterminals „ in Höhe von 1.000.000 in 2022 und 2023, TA 15 (alt) „Zuschuss für die Einrichtung von Bürgerterminals“ i.H.v. 250.000 € in 2022 und 2023 sowie TA 16 (alt) „Förderung des Lokaljournalismus“ i.H.v. 200.000 € in 2022 und 2023, entfallen? Sind die Mittel 2022 und 2023 verausgabt worden? Wenn nein, warum nicht? Gab es Bedarfsanmeldungen für 2024 und 2025 seitens der Betroffenen? Welche Maßnahmen unternimmt der Senat, um diesen Bedarfsanmeldungen gerecht zu werden?

TA 5 „Zuschüsse für auswärtige Städteverbindungen“ Bitte um Auflistung der einzelnen Maßnahmen. Wie ermöglicht dieser Titel eine Intensivierung der Pflege der Städteverbindungen? Bitte Konzept vorlegen.

TA 6 „Zuschuss für Smart-Cities-Projekte“? Bitte detailliertes Konzept und eine Übersicht der einzelnen Maßnahmen vorlegen.

TA 7 „Zentrale Anlaufstelle für Drehgenehmigungen“ Wie erklärt sich dieser Ansatz? Bitte Auflistung der einzelnen Maßnahmen und ein detailliertes Konzept vorlegen.

TA 8 „Internationale Computerspielesammlung“ Wofür ist der Aufwuchs gedacht? Bitte um eine detaillierte Auflistung und ein Gesamtkonzept.

TA 9 „Europäische Filmakademie“ Welche Bedarfsanmeldung steht diesem Teilansatz gegenüber?

TA 11 Was verbirgt sich hinter dem neuen TA 11 „Umsetzung Gemeinsam Digital: Berlin“ i.H.v. 2,2 Mio. € in 2024 und 3,4 Mio. € in 2025? Bitte um Vorlage eines Konzepts.

TA 12 Was verbirgt sich hinter dem neuen TA 12 „Neuausbau der Zielvereinbarungen“ i.H. v. 100.000 € in 2024 und 2025? Bitte um Vorlage eines Konzepts.

TA 14 „Zuschuss House of Games“ Bitte um Auflistung bereits verausgabter und vorgesehener Mittel. Welchen Planungsstand hat das Projekt? Ist eine Immobilie gefunden worden? Welche rechtsverbindlichen Verträge wurden geschlossen? Wie hoch ist die Beteiligung der Industrie an diesem Projekt? Bitte ein aktuelles Konzept mit detailliertem Finanzierungsplan vorlegen.

TA 15 Was verbirgt sich hinter dem neuen TA 15 “Einführung Kinoförderung“ i.H.v. 5 Mio. € in 2025? Bitte um Vorlage eines Konzepts.

<u>Lfd. Nr. 52 c, Fraktion Die Linke</u>

Zur Nr. 6. Welche geplanten Maßnahmen der Smart-Cities-Strategie sollen bezuschusst werden? (Bitte mit Angabe der Kosten sowie der Kofinanzierung)

Zur Nr. 15. Welches Konzept liegt der Einführung Kinoförderung zugrunde?

Dr. Alexander King (LINKE) bittet um weitere Ausführungen zur neuen Kinoförderung. Welche Kriterien würden zugrunde gelegt?

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE) interessiert, warum die Einführung der Kinoförderung erst für 2025 vorgesehen sei?

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) bemerkt, als Kinoförderung gebe es den Kinoprogrammpreis, der über das Medienboard Berlin-Brandenburg ausgelobt werde und für den es Förderkriterien gebe. Sie könne sich gut vorstellen, dass dies eine Parlamentsinitiative werde. Unabhängig davon würden Kriterien für eine Kinoförderung auch erarbeitet werden müssen.

Dr. Alexander King (LINKE) wendet ein, der Kinoprogrammpreis sei etwas ganz anderes. Er habe gehofft, dass die neue Kinoförderung ein wenig Ergebnis der Ausschusssitzung sei. Er habe die geplante Förderung so verstanden, dass es eher um wirtschaftliche Kriterien gehe und nicht nur um künstlerische.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) führt aus, in Zeiten geringer werdender Haushaltsspielräume sei gute Nachricht, dass sich die Koalition verständigt habe, fünf Millionen Euro für die Kinoförderung vorgesehen habe. Entscheidend sei, wie die Kinoförderung konzipiert werde. Die Anhörung vor der Sommerpause im Ausschuss habe Anhaltspunkte gegeben; die

Auswertung stehe auch im Ausschuss selbst noch aus. Bis hin zu beihilferechtlichen Fragestellungen müsse eine solche Förderung geklärt und geprüft werden. Ziel sei, ein möglichst unbürokratisches Verfahren zu finden, damit das Geld auch bei den Kinos ankomme und man auf bewährte Institutionen setzen könne, die entsprechende Erfahrungen hätten, um das zu besprechen. Aktuell gebe es den Kinoprogrammpreis mit 1,5 Millionen Euro, die Kinoinvestitionsförderung über die FFA. Der Koalition sei wichtig, alle Kinos zu erhalten. Jetzt gehe es darum, bei den Herausforderungen der Zukunft zu bestehen. Es müsse geprüft werden, wie im Investitionsbereich, wo Nachholbedarf bestehe, die Förderprogramme daran ausgerichtet würden. Beispielsweise gibt es einen enormen Bedarf an Lasertechnik, wo über Anschübe die Kinos energetischer und nachhaltiger werden könnten. All dies sei bei einer Kinoförderung zu berücksichtigen.

Das Medienboard habe die zentrale Anlaufstelle für Drehgenehmigungen auf den Weg gebracht; der Aufsichtsrat habe entsprechend beschlossen. Das Medienboard habe die Ausschreibung veranlasst und die Personalbesetzung entschieden, sodass im Herbst gestartet werden könne. Der Ansatz sei gesperrt, bis das Konzept vorliege. Es gebe nicht nur eine neue Förderung für den Bereich Kino, sondern beispielsweise auch eine Anschubfinanzierung für das House auf Games. Hier gebe es neue Ansätze, weil alles fokussiert werden solle, die Computerspielesammlung und verschiedene andere Maßnahmen. Er sei froh, die Anschubfinanzierung im Haushalt zu haben, weil das Thema Games zu den stark wachsenden Wirtschaftsthemen der Stadt gehöre und mit dem House auf Games der Anspruch untermauert werden solle, Gamesstandort Nr. 1 zu werden. Er werde noch einmal schriftlich zu den vielen Fragen antworten.

Daniel Wesener (GRÜNE) pflichtet bei, dass ein Konzept benötigt werde und beihilferechtlichen Fragestellendungen berücksichtigt werden müssten. Würden nur Arthouse-Kinos oder auch andere gefordert? Mit welcher Bindung würden Investitionen versehen? Bezögen sich der Sperrvermerk und die 5 Millionen Euro auf den Teilansatz 15, oder gehe es dort um die Gaming-Förderung? Sei dies im Gegensatz zu einer qualifizierten Sperre, wo das Parlament gegen Vorlage eines Konzepts die Sperre vornehmen müsse, eine einfache Sperre?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, dass es eine einfache Sperre sei, keine qualifizierte. Es seien nur die 5 Millionen Euro Kinoförderung betroffen.

Daniel Wesener (GRÜNE) erwidert, wenn es sich um eine einfache Sperre handle, würde nur die Entsperrung durch die Senatsverwaltung für Finanzen benötigt und nicht durch das Parlament. Wenn noch einmal darüber gesprochen werden solle und Zustimmung zu den Vorschlägen des Senats geben werden sollte, empfehle er, den Ansatz qualifiziert zu sprechen.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) bemerkt, es sei auch der Respekt vor dem Parlament, erst einmal gründlich zu prüfen und vor allem die beihilferechtlichen Fragen zu klären. Mit der Fachwelt habe hier eine Anhörung stattgefunden; die Debatte sei aber noch nicht ausgewertet. Er habe die Bereitschaft im Ausschuss fraktionsübergreifend so verstanden, dass dies ein Thema sei.

Vorsitzender Andreas Otto fast für den Ausschuss zusammen, dass schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 37.

Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG –

Lfd. Nr. 53 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Bitte um haushaltstechnische Erläuterungen zu Veranschlagung. Bitte um Überblick über Ziele und Maßnahmen unter Angabe der Kosten.

Lfd. Nr. 53 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Zielvereinbarungen zugunsten welcher Maßnahmen und zu jeweils welchen Kosten sind gemeint?

Lfd. Nr. 53 c, Fraktion Die Linke

Bitte schlüsseln Sie unter Angabe von Titeln und Höhe der Mittel auf, wie der Senat derzeit plant, die pauschalen Mehrausgaben aufzulösen? Bis wann sind die Mehrausgaben aufzulösen? Wer entscheidet letztlich über die Verwendung der Mittel?

Lfd. Nr. 53 d, AfD-Fraktion

Bitte um Erläuterungen für 2024 und 2025.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, der Titel sei neu, weil die Zuständigkeit für die gesamtstädtischen Zielvereinbarungen bei der Senatskanzlei lägen. Es handle sich um die Titel, die nunmehr im Einzelplan 03 etatisiert seien mit der Stabsstelle des Chief Digital Officer. Es gehe um die Zusammenarbeit zwischen Hauptverwaltung und Bezirksämtern. Wenn es zur Umsetzung der Zielvereinbarung notwendig sei, würden bestimmte Mittel benötigt, die vorsorglich angemeldet würden. Er biete schriftliche Darstellung an.

Carsten Schatz (LINKE) bemerkt, die Art der Veranschlagung lasse vermuten, dass es mehr an Konzept gebe, als hier dargestellt werde. Für 2025 sei eine VE in gleicher Höhe vorgesehen. Die VE im ersten Planjahr sei in Höhe von 4 Millionen Euro gesperrt. Er sei gespannt auf den schriftlichen Bericht. Wenn es um ernsthafte Mitsprache gehe, rate er auch hier zu einer qualifizierten Sperre in voller Höhe.

Dr. Hugh Bronson (AfD) schließt sich dem Vorschlag von Abg. Schatz an.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss fest, dass ein schriftlicher Bericht angefordert werde, Berichtsauftrag Nr. 38.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

Lfd. Nr. 54 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Bitte um haushaltstechnische Erläuterungen zu Veranschlagung. Bitte um Überblick über Ziele und Maßnahmen unter Angabe der Kosten.

Lfd. Nr. 54 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie erfolgt die Auflösung der PMA durch den Senat im Haushaltsvollzug in 2025? Bitte um Darstellung nach einzelnen Ansätzen und der jeweiligen Höhe der Einsparung. Warum fällt der Titel bei einem Plan-Ansatz i.H.v. 5 Mio. € in 2025 laut Erläuterung weg?

Lfd. Nr. 54 c, Fraktion Die Linke

Bitte schlüsseln Sie auf, in welchen Titeln der Senat plant, die PMA im EP 03 in welcher Höhe aufzulösen. Bis wann sind die PMA aufzulösen?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) verweist auf den zu liefernden Bericht im Zusammenhang mit den Fragestellungen zur lfd. Nr. 1.

Vorsitzender Andreas Otto hält für den Ausschuss fest, dass darüber anhand eines noch zu liefernden schriftlichen Berichts diskutiert werde. Für die erste Lesung sei die Besprechung zu diesem Titel erledigt.

Kapitel 0309 – Senatskanzlei – Personalüberhang –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0350 – Senatskanzlei – Europa –
titelübergreifend
Oder-Partnerschaft

Lfd. Nr. 55, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Bitte um schriftlichen Bericht zur Oder-Partnerschaft (53103, 53103, 68535, …)

Wie soll die interregionale Partnerschaft entwickelt werden? Welche Maßnahmen sind in Planung? Was bedeutet „Sucherstellung der Rolle des Koordinators“? Welcher Art werden die Projekte in der Oder-Partnerschaft sein? Wie wird die Auswahl vorgenommen?

Carsten Schatz (LINKE) verweist auf die Behandlung zur lfd. Nr. 2.

Vorsitzender Andreas Otto hält für den Ausschuss fest, dass ein schriftlicher Bericht in Verbindung mit lfd. Nr. 2 erbeten werde, Berichtsauftrag Nr. l.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 56 anzufordern, Berichtsauftrag Nr. 39.

Titel 53102 – Berlin-Informationen –

Lfd. Nr. 57, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Können von diesen Mitteln die Aufgaben erfüllt werden?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) trägt vor, für Veranstaltungen im Brüsseler Büro gebe es darüber hinaus noch Titel 53103 – Empfänge, Feierlichkeiten –. Mit beiden Titeln würden die Aufgaben in Brüssel erfüllt werden können.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss die Beantwortung der Frage fest.

Titel 53103 – Empfänge, Feierlichkeiten –

Lfd. Nr. 58 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Wieso sinken die angesetzten Mittel in 2025 - auch Anbetracht der Europawahl – in 2025 so erheblich, unter den Mittelansatz von 2023?

Welcher Art ist die weitere lokale Begleitung der Debatte zur Zukunft

der EU im Nachgang zur „Konferenz zur Zukunft Europas“.

Welche Initiativen, Veranstaltungen und Maßnahmen sind im Vorfeld der Europawahl geplant?

Lfd. Nr. 58 b, Fraktion Die Linke

Bitte schlüsseln sie die jeweils angedachten Ausgaben nach Jahren und für die angegebenen Teilbereiche auf. Wie erklärt sich der starke Rückgang der Mittel in 2025 um mehr als die Hälfte im Vergleich zu 2023, obwohl es laut Begründung einen teilweisen Mehrbedarf in 2025 gibt?

Welche öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen, Aktionen und Fachveranstaltungen in Berlin und Brüssel sind in 2024 und 2025 geplant?

Welche zusätzlichen Repräsentationstermine sind in Brüssel aus welchen konkreten Gründen notwendig? Welchen Mehrwert zieht Berlin aus reinen Repräsentationsterminen auf europäischer Ebene? Werden diese Repräsentationstermine von Institutionen der EU angesetzt? Wenn nein, von wem werden diese Termine angesetzt? Warum können diese Termine nicht vom Berliner Büro in Brüssel wahrgenommen werden? Inwiefern ist es notwendig, dass die Anzahl der Repräsentationstermine erhöht wird? Wer vertritt Berlin bei diesen Repräsentationsterminen in der Regel? Welche Repräsentationstermine wurden in den Jahren 2022 und 2023 in Brüssel wahrgenommen?

Welche Maßnahmen sind im Rahmen der Begleitung der Debatte im Rahmen der „Konferenz zur Zukunft Europas“ geplant?

Welche Maßnahmen sind im Rahmen der interregionalen Beziehungen mit Polen im Rahmen der Oder-Partnerschaft in 2024 und 2025 geplant?

Welches Konzept liegt den Infospots zur EU-Wahl zugrunde?

Lfd. Nr. 58 c, AfD-Fraktion

1. Welche Veranstaltungen sind 2024 im Einzelnen geplant?

2. Ist der massive Aufwuchs allein durch die Vorbereitungen der Wahlen zum Europäischen Parlament zu erklären?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) führt aus, die Ansatzerhöhungen würden mit den im nächsten Jahr stattfindenden Europawahlen begründet; es seien Veranstaltungen geplant. In 2025 verringere sich der Ansatz wieder erheblich, auch als Konsolidierungsbeitrag der Senatskanzlei.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) bittet um Mitteilung, was genau wegfallen solle.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) sagt zu, auch diese Fragestellung in den Bericht aufzunehmen. Er gehe davon aus, zur Europastrategie im Lauf der Haushaltsberatung präzisieren und konkretisieren zu können.

Vorsitzender Andreas Otto hält für den Ausschuss fest, dass ein schriftlicher Bericht angefordert werde, Berichtsauftrag Nr. 40.

Titel 53131 – Europapolitische Kommunikationsarbeit –

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 59 anzufordern, Berichtsauftrag Nr. 41.

Titel 54079 – Verschiedene Ausgaben –

Lfd. Nr. 60, AfD-Fraktion

Bitte um Erläuterungen zum negativen Betrag 2022.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) führt aus, es handle sich um vier Erstattungen über zusammen 8 439,29 Euro, die buchungstechnisch beim Ansatz von 1 000 Euro ein negatives Ist von 7 439,29 Euro ergäben.

Dr. Hugh Bronson (AfD) stellt die Nachfrage, ob es sich um Buchungen handele, die erstattet worden seien.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) präzisiert, es handle sich unter anderem um Erstattungen aus Kontoauflösungen, Planungskonzepten.

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss fest, dass die Bitte um Erläuterung damit erledigt sei.

Titel 68535 – Zuschüsse im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit –

Lfd. Nr. 61 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Wie erfolgt die Zusammenarbeit mit dem Berliner Europe Direct Informationszentrum?

Wie unterstütz der Senat die Berliner Europa-Union? (Bitte um Überblick über die gemeldeten Bedarfe und über die vorgesehenen Maßnahmen unter Angabe der Kosten.

Welche Pläne bestehen zum Europa HUB Berlin? Wann nimmt der HUB seine Arbeit auf? Wo ist dessen Geschäftsstelle verortet? Ist die Einbindung anderer zivilgesellschaftlicher Akteure der Freiwilligenarbeit geplant?

Wie werden die Mittel für Veranstaltungen/Projekte zur Stärkung des Europagedankens verwaltungstechnisch verausgabt? Sollen die Mittel über die Europabeauftragten der Bezirke vergeben werden?

Gibt es Bemühungen von Seiten SenBuEuMe bzw. Vereinbarungen mit der Senatskanzlei, SenMobilität und möglicherweise auch SenFin, damit der Kulturzug nach Breslau weiterfahren kann – in Anbetracht der Tatsache, dass die Bahn die Fahrten nicht mehr zur Verfügung stellen will. Gibt es Verhandlungen mit der DB? Mittel in welcher Höhe werden zur Verfügung gestellt, um das auszugleichen? Gibt es hierzu Gespräche mit Polen? Gibt es Vorgaben für das Kulturprogramm? Wird die Qualität des durch die Kulturprojekte GmbH organisierte Kultur-Programms evaluiert?

Wie werden die Programmangebote zusammengestellt? Welche Programmmittel sind bereitgestellt? Welche Streckenausweitung ist vorgesehen? Gibt es Zahlen zur Nutzung des Kulturzugs?

Lfd. Nr. 61 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

TA Kulturzug Berlin-Breslau. Ist der Weiterbetrieb des Kulturzuges gesichert? Wie hoch sind die veranschlagten Mittel für das Pilotprojekt zur Ausweitung des Kulturzugs Berlin-Breslau auf andere Strecken? Welche konkreten Maßnahmen sind geplant? Welche weiteren Strecken / Städte werden mit dem Kulturzug zukünftig verbunden? Wie gewährleistet der Senat einen angemessenen Preis für die Tickets dieses Zuges / dieser Züge?

Lfd. Nr. 61 c, Fraktion Die Linke

Wie verteilen sich die Mittel aus dem Titel auf die einzelnen Projekte und Maßnahmen, die in diesem Titel erwähnt werden?

Welche konkreten Schritte und Maßnahmen wurden und werden in 2023 und 2024 unternommen, um die die Ausweitung des Angebots des Kulturzuges zu ermöglichen? Welche neuen Ziele werden im Rahmen des Pilotprojektes wie oft angefahren? Wie lange läuft das Pilotprojekt? Welche Parameter werden an die Pilotphase des

Kulturzuges angelegt bzw. bei welchen Ergebnissen gilt das Pilotprojekt als erfolgreich abgeschlossen?

Wie sind die Kosten des Kulturzug-Pilotprojektes zwischen Berlin und Brandenburg aufgeteilt? Bitte schlüsseln Sie nach den Jahren 2023, 2024 und 2025 auf?

Wie bewertet der Senat lokale Kleinprojekte zur Stärkung des Europagedankens? Ab wann werden Initiativen etc. Mittel aus den Bezirk-Europafonds beantragen können? Was wird der Höchstbetrag sein, der beantragt werden kann? Welcher Personenkreis wird die Mittel beantragen können?

Bitte schlüsseln Sie die Mittel auf, mit denen die Europa-Union wie auch der Berliner Europa-HUB in den Jahren 2022, 2023, 2024 und 2025 gefördert wurden bzw. gefördert werden sollen.

Lfd. Nr. 61 d, AfD-Fraktion

1. Welche Fördersummen entfallen 2024 und 2025 jeweils auf die „deutsch-polnische Zusammenarbeit im Rahmen der Oder-Partnerschaft“? (Bitte aufschlüsseln)

2. Welche Fördersummen entfallen 2024 und 2025 jeweils auf den „Kulturzug Berlin-Breslau“? (Bitte aufschlüsseln)

Carsten Schatz (LINKE) bittet um mündliche Informationen zum Kulturzug.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) schließt sich der Fragestellung zum Kulturzug an.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) legt dar, dass zu diesem Thema in den letzten Wochen einige Gespräche geführt worden seien. Die Informationslage sei auch wegen der Beteiligung unterschiedlicher Akteure, unter anderem das Land Brandenburg, das Land Berlin, die Deutsche Bahn nicht eindeutig gewesen. Es gebe das Bestreben, den Sachverhalt abschließend zu klären. Die Senatskanzlei würde den Zug gern fortsetzen. Bislang sei davon ausgegangen worden, dass Berlin allein den Zug fortführen wolle und andere Akteure kein Interesse an der Fortsetzung hätten. Er habe gestern erfahren, dass das Land Brandenburg doch Interesse an einer an einer Fortsetzung habe. Nach abschließender Darstellung der Kosten werde ein Weg zur Realisierung gesucht. Er biete an, zu gegebener Zeit schriftlich dazu zu berichten. Er würde es begrüßen, hier gemeinsam einen Weg zu finden dieses Projekt fortzusetzen.

Tom Jan Filip Cywinski (CDU) fragt, ob zutreffend sei, dass die Mittel von der deutschen Seite, Brandenburg, Berlin und Deutscher Bahn, zur Verfügung gestellt würden. Gebe es auch von polnischer Seite einen Beitrag an dieser Stelle? Gebe es Erkenntnisse, von welcher Seite der Zug im Wesentlichen genutzt werde?

Daniel Wesener (GRÜNE) bemerkt, die Thematik scheine komplex zu sein, gleichwohl wäre es im Hinblick auf die Zeitschiene gut, wenn möglichst schnell mitgeteilt werden könnte, wo Berlin tätig werden könne; im Kulturausschuss sei auf die Senatskanzlei verwiesen worden. Nach seiner Recherche würden die eigentlichen Kosten bzw. der Berliner Anteil aus dem Verkehrshaushalt im Rahmen eines Verkehrsvertrags mit der DB Regio finanziert. Eventuell

sei ein dritter Einzelplan involviert. Er bitte um entsprechende Informationen. Hier gehe es um den Teil, der die Öffentlichkeitsarbeit betreffe, nicht um die eigentliche Fahrdienstleistung.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) schließt sich den Ausführungen von Abg. Wesener an. Nach ihrer Kenntnis habe Berlin auch immer das Kulturprogramm finanziert. Würden die Mittel nun durch die Verlagerung von Europa zur Senatskanzlei jetzt hier etatisiert oder stammten diese aus dem Kulturbereich? Die Debatte zeige, dass der Kulturzug allen am Herzen liege. Sie bitte um Aufschlüsselung, wer was beigetragen habe.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) nimmt das fraktionsübergreifende Interesse positiv zur Kenntnis, das Projekt fortzusetzen. Zu den Nutzern lägen ihm keine Zahlen vor. Nach Berichten nutzten überwiegend Berlinerinnen und Berliner den Zug. Dies sei auch Grund, warum Polen kein großes Interesse an einer Beteiligung habe, auch dass das Brandenburger Interesse angeblich eingeschlafen sei, was eine Beteiligung angehe. Nach neuesten Berichten sei Brandenburg aber sehr wohl an einer Fortsetzung interessiert. Die Finanzierung sei komplex. Ein Zug sei nicht einfach ein Zug; vermutlich sei die Verkehrsverwaltung für die Technik zuständig; die Senatskanzlei sei für das Kulturprogramm zuständig. Da Kultur und Europa gemeinsam ressortierten, habe es eine entsprechende Veranschlagung gegeben. Warum die Etatisierung nun in der Senatskanzlei erfolgt sei, könne er nicht nachvollziehen. Er werde schnell schriftlich aufarbeiten, wer wo beteiligt sei und einen Beitrag leisten müsse, um eine Entscheidungsgrundlage zu haben. Es gebe bereits Gespräche mit Brandenburg und der Deutschen Bahn.

Carsten Schatz (LINKE) problematisiert, offenbar gehe es um die Entscheidung, ob die Länder Berlin und Brandenburg eine Verkehrsleistung, den Regionalzug nach Breslau, beauftragten. Ausweislich des Haushalts scheine es aber unproblematisch, dass dieser Zug als Kulturzug unterwegs sein würde, wenn es diesen Zug gebe. Gehe es eher um die Frage, ob es einen Regionalzug zwischen Berlin und Breslau mit Halt in Brandenburg geben solle, der von den Ländern bestellt werde; müsse diese Frage eher an die Verkehrsverwaltung gerichtet werden?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) bemerkt, es wäre sogar noch ein zusätzlicher Halt in Sachsen auf den Weg nach Breslau möglich. Es wäre ein Regionalzug mit den entsprechenden Folgen, die Bestellung betreffend. Die Senatskanzlei/Europa wäre für das Programm im Zug zuständig. Das Pilotprojekt habe er so verstanden, dass die Deutsche Bahn an einen der Ferienzüge einfach einen Waggon anhänge. Dies wäre dann nur noch ein Kultur-Waggon. Nach seinem Eindruck würde sich die Deutsche Bahn das teuer bezahlen lassen. Er würde eine Fortsetzung des Kulturzuges mit Stopps in Brandenburg und Sachsen sehr begrüßen. Die Vertriebsstruktur sei kompliziert. Die Deutsche Bahn habe bislang wenig getan, um das Angebot zu bewerben und überhaupt den Zugang zu ermöglichen.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) stellt die Frage, welche Fahrzeiten es für diejenigen gebe, die aus Breslau zurückführen. Könnten diese auch ein Kulturprogramm genießen? Sei dies interessant? Würde sich eine entsprechende Stelle in Polen an einer Finanzierung beteiligen? Bei einer Neuauflage müsste beachtet werden, dass es in beide Richtungen interessant sei, tagsüber ein Kulturprogramm zu genießen.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) dankt für die Anregung. Er habe auch entsprechende Informationen. Ansprechpartner sei aber wieder die Deutsche Bahn, die Trassenslots zur Verfügung stellen müsse. Nicht viele Polen nutzten den Zug. Ein Grund seien die Fahrzeiten.

Stefan Häntsch (CDU) wendet ein, Zugverbindungen sollten keine Einbahnstraßen sein. Was unternehme die Senatskanzlei in polnischer Richtung bei den dortigen Wojewodschaften, um dieses Projekt auch dort interessanter zu gestalten?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) greift die Anregung auf. Es gebe unterschiedliche Akteure; es gebe die Oder-Partnerschaft, auch die Region Breslau sei dabei

Vorsitzender Andreas Otto stellt für den Ausschuss fest, dass schriftlich berichtet werde, Berichtsauftrag Nr. 42.

Produkt 80732 – Förderung des Europagedankens bei der Berliner Bevölkerung

Vorsitzender Andreas Otto hält für den Ausschuss ohne Aussprache fest, dass ein schriftlicher Bericht zur lfd. Nr. 62 angefordert werde.

Die Beratung sei damit für den heutigen Tag abgeschlossen; Punkt 1 der Tagesordnung werde auf die Sitzung am 18. Oktober 2023 vertagt.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.